



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2014

Diego Steinhöfel

**Lateinamerika und die
Widersprüche der Green
Economy. Ecuador und
Bolivien: Von der Neoliberalen
Hegemonie zum Buen Vivir?**

Bachelorarbeit bei
Dr. Günther Auth
WS 2012/2013

Inhalt

1	<u>EINLEITUNG</u>	2
1.1	FRAGESTELLUNG UND THESEN	3
1.2	THEORIEWAHL UND BEGRÜNDUNG	4
1.3	EINGRENZUNG DES FORSCHUNGSGEGENSTANDES	5
2	<u>THEORIEVERSTÄNDNIS UND OPERATIONALISIERUNG</u>	6
2.1	HEGEMONIE	6
2.2	HISTORISCHE STRUKTUR UND HANDLUNGSEBENEN	7
2.3	HISTORISCHER BLOCK	9
2.4	GEGENHEGEMONIE	10
2.5	GRÜNER KAPITALISMUS - GREEN ECONOMY	10
3	<u>WANDEL DER HISTORISCHEN STRUKTUR</u>	12
3.1	NEOLIBERALISMUS UND WASHINGTON-KONSENS	12
3.2	SOZIALE BEWEGUNGEN UND WIDERSTAND	14
3.3	ZWISCHENFAZIT	19
4	<u>INSTITUTIONALISIERUNG UND NEUE MACHTVERHÄLTNISSE</u>	20
4.1	DIE MACHTÜBERNAHME DER MAS IN BOLIVIEN	20
4.2	RAFAEL CORREA UND ALLIANZA PAÍS	22
5	<u>NEUE VERFASSUNGEN IM VERGLEICH</u>	26
5.1	GUTES LEBEN - BUEN VIVIR	27
5.2	BOLIVIEN	27
5.3	ECUADOR	29
5.4	IMPLIKATIONEN FÜR DIE GREEN ECONOMY	31
6	<u>POST-NEOLIBERALISMUS UND DIE NEUE HISTORISCHE STRUKTUR</u>	32
6.1	VERSTAATLICHUNG UND ALTERNATIVE INTEGRATION	33
6.2	VOM WASHINGTON-KONSENS ZUM ROHSTOFF-KONSENS?	34
7	<u>FAZIT</u>	37
	<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	39

Abkürzungen

ALCA	Aerea de Libre Comercio de los Américas
ANC	Asamblea Nacional Constituyente
AP	Allianza País
ASP	Asamblea por la Soberanía de los Pueblos
BDP	Banco de Desarrollo Productivo de Bolivia
CIDOB	Confederación Indígena del Oriente Boliviano
CMS	Coordinadora de Movimientos Sociales
CONAIE	Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador
DEA	Drug Enforcement Agency
EMAPA	Empresa Estatal de Apoyo a la producción Agrícola (Bolivien)
FETRAPEC	Federación de Trabajadores Petroleros del Ecuador
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
IPSP	Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos
IWF	Internationaler Währungsfond
MAS	Movimiento als Socialismo
MIE	Moviemiento Indígena Ecuatoriano
TEEB	The Economics of Ecosystems and Biodiversity
TIPNIS	Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécuré
UNEP	United Nations Environment Programme
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
WB	Weltbank

1 Einleitung

Die 2008 ausgebrochene Finanzkrise ist Teil einer multiplen, globalen Krise. Die Klimakrise manifestiert sich durch zunehmende Naturkatastrophen. Prognosen weisen auf ein Ende der fossilen Energiereserven in absehbarer Zukunft hin. Der Versuch, die Abhängigkeit vom Öl z.B. durch Bioethanol zu schwächen, hat mit der dadurch veränderten Nutzung von Agrarflächen sowohl zu Nahrungsmittelknappheit als auch zur Zerstörung der Biodiversität geführt. Kurz gesagt, die unterschiedlichen Facetten der globalen Krise überschneiden sich und stehen in direktem Zusammenhang zueinander.¹

Auf der Suche nach Lösungen für diese Problemstellungen hat sich in den vergangenen Jahren eine scheinbare Antwort hervor getan, die des *Grünen Kapitalismus*, der *Green Economy*.² Besonders deutlich wurde dies im Jahr 2012 bei der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, kurz Rio 20+.³ Auf der Agenda standen die Green Economy im Kontext nachhaltigen Wachstums und der Armutsbekämpfung sowie der institutionelle Rahmen zu nachhaltiger Entwicklung.⁴ Der Abschlussbericht unter dem Titel "The Future We Want" fasste zusammen: "We consider the green economy in the context of sustainable development and poverty eradication as one of the important tools available for achieving sustainable development [...]".⁵

Dieser Auffassung entgegnete der Präsident Boliviens, Evo Morales, bei einer Veranstaltung im Rahmen des Rio 20+ Gipfels: "Wir erkennen die Green Economy als neues Mittel der kapitalistischen Staaten zur Unterwerfung unserer Länder. Sie ist ein Kolonialismus der Natur, mit dem Ziel die natürlichen Quellen des Lebens zu ökonomisieren. Der Grüne Kapitalismus verwandelt jeden Baum, jede Pflanze, jeden Tropfen und jedes Lebewesen in eine Ware. Die Staaten des Nordens bereichern sich inmitten einer räuberischen Orgie und zwingen uns, die Länder des Südens, ihre armen Förster zu sein. (...) Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes möchten sie Mechanismen schaffen, um unsere Politik zu überwachen und zu beurteilen."⁶ Der Präsident Ecuadors, Rafael Correa, fügte dem hinzu: "Es sind die Mächtig-

¹ Gill 2011 [2008]: 265-266

² Die Begriffe Green Economy und Grüner Kapitalismus werden in dieser Arbeit synonym verwendet.

³ In Anspielung auf den vor 20 Jahren durchgeführten "Earth Summit" in Rio zu Umwelt und nachhaltiger Entwicklung.

⁴ Nachhaltiges Wachstum basiert dort auf den drei Säulen: wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung sowie Umweltschutz.

⁵ UNCSD 2012, III/56.

⁶ La Razon 2012 (Übersetzung d. Autors)

ten, welche den Planeten plündern, welche die Produkte der Umwelt kostenlos konsumieren. Diese Umweltgüter produzieren wir, die Entwicklungsländer."⁷

Die Meinungsdivergenzen und Auseinandersetzungen im Bezug auf die Green Economy finden in einer Zeit statt, in der sich die Staaten und die Bevölkerung Südamerikas vom neoliberalen Paradigma des *Washington Konsens* der 90'er Jahre abgewendet haben. Gleichzeitig suchen die sogenannten industrialisierten Staaten nach Wegen aus der Krise, nach Möglichkeiten die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern bzw. die Energieversorgung zu diversifizieren und gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Gerade diese Widersprüche und Konflikte bieten die Möglichkeit, den „transnationalen Charakter der gegenwärtigen sozioökonomischen und machtpolitischen Restrukturierung“⁸ zu untersuchen. Dies soll nicht mit einem Fokus auf Staaten als alleinige Akteure geschehen, sondern besonders unter Einbindung der sozialen Kräfte und Bewegungen.

1.1 Fragestellung und Thesen

Warum lehnen Ecuador und Bolivien die Green Economy als Entwicklungsmodell ab?

Auf Basis folgender Gemeinsamkeiten soll eine strukturinduzierte Prozessanalyse mögliche Gründe für ihre heutige Position zur *Green Economy* untersuchen: beide Länder haben neoliberale Strukturreformen und darauf folgende Staatskrisen erlebt; die indigenen Bewegungen in Ecuador und Bolivien nahmen eine wichtige Rolle in der politischen Auseinandersetzung sowie in der Formulierung von sozialen und wirtschaftlichen Alternativen ein;⁹ ein weiteres gemeinsames Merkmal ist die Lösung der internen Krise durch verfassungsgebende Nationalversammlungen und Referenden sowie der Schaffung einer völlig neuen Beziehung zwischen dem Staat und den sozialen Bewegungen. Die These ist, dass die Ablehnung der *Green Economy* auf den sozialen Bewegungen beruht, die aus dem Widerstand zum Neoliberalismus hervorgegangen sind. Zur Prüfung dieser These soll untersucht werden inwiefern:

1. die neoliberale Phase zu Widerstand geführt hat
2. indigene und soziale Bewegungen alternative kollektive Vorstellungen entwickelt und institutionalisiert haben
3. sich die Idee des Buen Vivir in den neuen Verfassungen auf die Umwelt- und Entwicklungspolitik auswirkt
4. die Politik der neuen Regierungen die Forderungen der sozialen Bewegungen auf-

⁷ AFP 2012

⁸ Bieling/Deppe 1996: 734

⁹ Ortiz Crespo/Mayorga 2012: 12

nimmt und welche Konsequenzen sie auf die Green Economy hat

1.2 Theoriwahl und Begründung

Die vorliegende Arbeit analysiert den Prozess, der zur ablehnenden Haltung Boliviens und Ecuadors im Bezug auf die Green Economy (der Begriff wird unter Punkt 2.5 definiert) geführt hat. Dabei wird der historischen Struktur als Handlungsrahmen eine besondere Bedeutung zugesprochen. Konkret bedeutet dies, dass der Blick nicht isoliert auf innerstaatliche Entwicklungen gerichtet werden soll, genauso wenig wie externe Ereignisse wie die Finanzkrise oder internationale Institutionen oder transnationale Unternehmen als monokausal für die untersuchten Phänomene betrachtet werden. Vielmehr geht es darum, die Entwicklungen als zusammenhängend und sich gegenseitig beeinflussend zu betrachten und dabei Schnittpunkte herauszuarbeiten und in die Analyse mit einzubeziehen. Den sozialen Kräften wie indigenen Bewegungen werden in diesem Prozess besondere Bedeutung zugesprochen. Herkömmliche Theorien der Internationalen Beziehungen wie der Neorealismus werden hier in ihrer Wahrnehmung des Staates als "black box" als zu kurz gegriffen, bzw. in ihrer Erklärungskraft für die untersuchten Probleme nicht als ausreichend verstanden.

Für diese Forschungsarbeit wird die neogramscianischen Perspektive der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) sowie ihre Konzeption von Hegemonie als Grundlage der Analyse gewählt. Ihre Erkenntnisinteressen kreuzen sich an einem "doppelten Punkt der Vermittlung"¹⁰ dem der "nationalen und inter- bzw. transnationalen Entwicklungen"¹¹ sowie der "Ökonomie und Politik"¹². Die Entstehung hegemonischer Strukturen und ihr Zerfall bzw. das Aufkommen gegenhegemonischer Bewegungen werden als Produkt sozialer Prozesse verstanden. Zur Untersuchung der Fragestellung ist dies besonders geeignet, denn in Bolivien und Ecuador haben die sozialen Bewegungen starken Widerstand gegen den Neoliberalismus geleistet. Im Folgenden werde ich kurz auf das Verständnis und die Verwendung der Begrifflichkeiten in dieser Arbeit eingehen.

Vorliegende Arbeiten zum Thema der Green Economy sprechen von den Problemen des „neuen hegemonialen Projekts grüner Kapitalismus“ (vgl. Wissen 2011), den Widersprüchen zwischen der Green Economy und Entwicklungspolitik (vgl. Brand 2012) und auch von Umweltbewegungen in Lateinamerika (vgl. Sader/Gentili 2012; Gudynas 2009). Arbeiten zum Thema des Wandels in Ecuador und Bolivien diskutieren die Probleme einer nachhaltigen

¹⁰ Opratko/Prausmüller 2011: 12

¹¹ Ebd.

¹² Ebd.

Entwicklung in einer exportorientierten Wirtschaft am Beispiel Boliviens (Aguirre/Cooper 2010), die Bedeutung der indigenen Bewegung (Marti i Puig/Bastidas 2012; Ramirez-Gallegos 2010; Simaña 2012) sowie die Konstruktion gegenhegemonischer Horizonte (vgl. Hidalgo-Flor 2011). Das Thema der Positionen Boliviens und Ecuadors zur Green Economy ist eine Neuheit, hier setzt diese Arbeit an.

1.3 Eingrenzung des Forschungsgegenstandes

Für die Wahl Ecuadors und Boliviens als Fallbeispiele gibt es zwei zentrale Gründe: erstens ihre Bedeutung im Rahmen der Green Economy und zweitens die Tragweite ihres ökonomischen und sozio-politischen Wandels.

1. Südamerika hat die größten Energiereserven der Erde, wenn man Gas, Öl, Wasserkraft und Biokraftstoffe zusammenrechnet, sowie ein Drittel der weltweiten Süßwasserreserven.¹³ Ecuador zählt zu den Ländern mit der höchsten Biodiversität, insbesondere die Region des Nationalparks Yasuni-ITT (Ishpingo, Tambococha und Tiputini) sticht dabei heraus.¹⁴ Die neue Verfassung Ecuadors ernennt die Natur zum Rechtsobjekt, die Natur hat also eigene Rechte, die den Schutz und Erhalt der Biodiversität zur Aufgabe des Staats machen (Hierauf wird in Absatz 5.3 eingegangen). Diese konstitutionelle Weltneuheit sowie das Projekt, das Erdöl im Yasuni-ITT Park nicht zu fördern, falls Einnahmeausfälle von den industrialisierten Staaten kompensiert werden (Absatz 6.2), machen Ecuador zu einem interessanten Fall in der Diskussion um die Green Economy. Bolivien verfügt in der Salzwüste des Salar de Uyuni über die größten Lithiumressourcen der Welt.¹⁵ Dieses Mineral ist notwendig für die Produktion von leistungsstarken Lithium-Ionen Batterien und ist damit insbesondere mit Blick auf die rasant wachsende Branche von nachhaltigen Elektrofahrzeugen, sowohl in Europa und Japan als auch in China, von Bedeutung.

2. Seit der Wahl Hugo Chavez' zum Präsidenten Venezuelas im Jahr 1998 wurden in Südamerika zahlreiche progressive Regierungen gewählt. Dieser Wandel führt in der akademischen Diskussion zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Ludolfo Paramio teilt die neuen Regierungen in zwei Formen, eine "demokratische Linke" (Brasilien, Argentinien, Chile) und eine "populistische Linke" (Venezuela, Ecuador, Bolivien).¹⁶ Diese Klassifizierung greift jedoch zu kurz. Franklin Ramirez Gallegos argumentiert, dass es viel mehr als zwei

¹³ Garcia 2008: 119

¹⁴ Vgl. Svampa 2012

¹⁵ Vgl. Polinaris 2012

¹⁶ Vgl. Paramio 2006

Linke gäbe. Es sei bei der Einordnung wichtig, die spezifischen Unterschiede (des institutionellen Erbes des Neoliberalismus und der Position der sozialen und politischen Akteure) zwischen den Ländern zu berücksichtigen.¹⁷ Diese Auffassung wird hier geteilt und in der Arbeit berücksichtigt. In Bolivien und Ecuador existierten bzw. existieren immer noch diskriminierende Produktionsverhältnisse, welche große Teile der Subalternen¹⁸ von der Teilhabe sowohl am Wohlstand als auch am politischen Prozess ausschlossen bzw. heute noch ausschließen. Gerade deshalb waren es dort die Bewegungen der indigenen Bevölkerung und der Landbewohner_innen, die den Wandel forderten und auslösten. Auf der Suche nach Einbindung aller Subalternen fand der Wechsel hier am radikalsten statt. Wie Rafael Correa es formuliert, findet hier nicht eine *Epoche der Änderungen* statt sondern eine *Änderung der Epoche*.¹⁹

2 Theorieverständnis und Operationalisierung

2.1 Hegemonie

Zu Beginn der 1980'er Jahre stellte Robert Cox dem Hegemonieverständnis des Neorealismus, wonach ein übermächtiger Staat in der sonst anarchischen globalen Struktur für Stabilität sorgt, das Hegemonieverständnis Antonio Gramscis gegenüber. Hegemonie basiert hier nicht auf dem bloßen Element von Macht und Zwang, sondern wird als "konsensbasierte und kompromissvermittelte Form der Machtausübung unter kapitalistischen Bedingungen bestimmt."²⁰ Dabei übernahm Gramsci Macchiavellis Bild von Macht als ein Zentaurus: "halb Mensch, halb Tier, eine notwendige Verbindung aus Konsens und Zwang".²¹ Hegemonie ist dabei ausreichend, bei den meisten Menschen Verhaltenskonformität zu gewährleisten, Zwang kommt nur selten zum Einsatz.²² Eine Hegemonie ist so lange stabil, wie das Konsenselement vor dem Zwangselement überwiegt. Als Hegemonie wird in dieser Arbeit der Neoliberalismus verstanden, denn die untersuchte historische Struktur in Bolivien und Ecuador war geprägt von den neoliberalen Ideen *Washington Konsens*:²³ Diese umfassten die De-

¹⁷ Vgl. Ramirez-Gallegos 2008

¹⁸ Subalterne (Klassen) sind nach Gramsci jene Bevölkerungsteile, welche von dem hegemonischen Teil der Bevölkerung ausgeschlossen, unterdrückt werden (Arbeiter, Kleinbauern, Marginalisierte) (Cox 1983: 132)

¹⁹ Garcia 2008: 125

²⁰ Opratko/Prausmüller 2011: 16

²¹ Cox 1996 [1983]: 127

²² Ebd.

²³ Der Begriff des Washington Konsens wurde auf einer Konferenz in Washington 1990 vom Ökonomen John Williamson geprägt, bei der Vertreter der Lateinamerikanischen Staaten, des IWF, der Weltbank und des US Finanzministeriums teilnahmen. (vergl. Cypher 1998)

regulierung der Kapitalmärkte, freie Wechselkurse, Privatisierung von staatlichen Unternehmen, Kürzung von Subventionen und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.²⁴

Der neoliberale Zentaurus schafft Konsens, wenn die strukturellen Anpassungen und Reformen als notwendig anerkannt werden und tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der betroffenen Bevölkerung führen. Der Zentaurus greift auf Zwang zurück, wenn der Konsens schwindet, wenn er, bildlich gesprochen, nicht weiterreiten kann, da sich Widerstand in den Weg stellt. Zwang kann bedeuten, dass internationale Kreditinstitute wie der IMF oder die Weltbank betroffenen Ländern drohen, ihnen nicht weiter Kredite zur Verfügung stellen, falls die geforderten Anpassungen nicht durchgeführt werden. Zwang kann auch bedeuten, dass Regierungen sozialen Protest als "illegal"²⁵ klassifizieren und kriminalisieren, also unter Strafe stellen.²⁶

2.2 Historische Struktur und Handlungsebenen

Der Neogramscianismus hat ein historisches Verständnis der internationalen Beziehungen. Konflikte werden dabei nicht wie im Neorealismus als ein sich wiederholendes Ereignis in gleichbleibenden Strukturen gesehen, sondern Krisen werden als möglicher Grund sozialen Wandels wahrgenommen.²⁷ Die strukturellen Charakteristika von Hegemonien sind im Neogramscianismus a.) materielle Kapazitäten b.) Ideen und c.) Institutionen

Materielle Kapazitäten sind z.B. natürliche Ressourcen (Rohstoffe), Produktionsmittel (Industriebetriebe, Fabriken) und Staatsgewalt (Militär, Polizei). Genauso wichtig ist die Fähigkeit über den Einsatz und die Verwendung dieser Aspekte bestimmen zu können.²⁸

Ideen sind Vorstellungen über das Wesen gesellschaftlicher Verhältnisse, welche historisch bedingt sind. Sie sind in zwei Arten aufzuteilen: Intersubjektive Ideen bilden die gemeinsame Grundlage des gesellschaftlichen Diskurses, wie z.B. dass Staaten innerhalb eines bestimmten Territoriums das Zusammenleben von ihren Bewohnern organisieren und kontrollieren.²⁹

Die zweite Art sind kollektive Vorstellungen über die soziale Ordnung: dies sind "voneinander abweichende Sichtweisen über das Wesen und die Legitimität der vorherrschenden

²⁴ Cypher 1998: 47

²⁵ Heinrich Böll Stiftung 2012

²⁶ Deutsche Wirtschafts Nachrichten 2012

²⁷ Cox 2011 [1986]: 52

²⁸ Cox 2011 [1986]: 55

²⁹ Cox 2011 [1986]: 55-56

Machtverhältnisse, wie auch das Verständnis von Gerechtigkeit und öffentlichem Wohl."³⁰ In einer historischen Struktur existieren immer zahlreiche kollektive Vorstellungen gleichzeitig, sie können sich ähneln, jedoch auch entgegengesetzt sein. Gerade jene Vorstellungen, die von der herrschenden Ordnung abweichen bzw. sich von ihr abgrenzen, geben Aufschluss über potentielle alternative Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft. In dieser Arbeit wird die Entstehung kollektiver Vorstellungen subalternen Kräften, insbesondere der indigenen Bewegungen, während der neoliberalen Phase und späterer Weiterentwicklung in Bolivien und Ecuador untersucht.

Institutionen sind "ein Mittel, um eine bestimmte Ordnung zu stabilisieren und auf Dauer zu stellen."³¹ Sie spiegeln die Machtverhältnisse zum Zeitpunkt ihrer Entstehung wieder, können aber im Verlauf auch einer eigenen Dynamik folgen und damit ursprüngliche Ideen weiterentwickeln oder ändern.³²

Die drei Elemente der historischen Struktur, also materielle Kapazitäten, Ideen und Institutionen stehen in einem wechselseitigen, nicht-hierarchischem Verhältnis zueinander.

Weiterhin sind sie auf drei verschiedenen Handlungsebenen untereinander verbunden:

*"1. Die Organisation der Produktion, insbesondere in Hinblick auf die durch den Produktionsprozess erzeugten sozialen Kräfte; 2. die Staatsformen, die aus der Untersuchung des Staat-Gesellschaft-Komplexes hergeleitet werden können; 3. Weltordnungen, d.h. die konkreten Kräftekonstellationen, die in weiterer Folge die Problematik von Krieg oder Frieden für das Ensemble von Staaten bestimmen."*³³

Diese Ebenen stehen gleichfalls in einem sich wechselseitig beeinflussenden Verhältnis zueinander. Soziale Kräfte, sowohl dominante als auch subalterne, die aus dem Produktionsprozess entstehen, können die Staatsform gestalten, welche wiederum Einfluss auf die Weltordnung hat. Genauso kann die Weltordnung Einfluss auf Staatsformen haben und damit die Entstehung neuer soziale Kräfte hervorrufen. Die Ebenen sind nicht statisch, sondern in einem stetigen Prozess der Änderung.³⁴

³⁰ Cox 2011 [1986]: 56

³¹ Ebd.

³² Ebd., S. 55-56

³³ Ebd., S. 58

³⁴ Ebd., S. 58-59

2.3 Historischer Block

Ideen, Politik und Ökonomie stehen für Gramsci in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander, sind ineinander umwandelbar und werden in einem *blocco storico* gebündelt.³⁵ Ein historischer Block existiert immer mit einer dominanten Klasse, welche ihre Interessen und Überzeugungen als universell, für die gesamte Gesellschaft gültig, präsentiert und durchsetzt. Intellektuelle spielen eine Schlüsselrolle in der Konstruktion eines historischen Blocks.³⁶ Sie entwickeln Vorstellungen und Organisationen, welche die Mitglieder der Klasse des historischen Blocks unter einer gemeinsamen Identität zusammenhält.³⁷ Diese Vorstellungen können gemeinsame Aktivitäten wie z.B. Sport sein, durch deren Exklusivität sie sich von den Subalternen abgrenzen. Identitätsbildend können auch die Bildung (Privatschulen, Universitäten) oder Formen der sozialen Reproduktion (Hochzeiten innerhalb der "Gesellschaft") sein. Für Gramsci hat jede Klasse ihre *organischen Intellektuellen*, welche die Vorstellungen und die Organisation ihrer Klasse (re-)produzieren.³⁸

Das dialektische Konzept der Hegemonie bzw. des historischen Blocks impliziert jedoch gleichzeitig die Möglichkeit von Entwicklungen, die sich gegen die aktuelle Ordnung stellen. Dies ist umso mehr der Fall, wenn die Ordnung nicht konsensual abgesichert ist, bzw. die dominante Klasse ihre Interessen zu offensichtlich über jene der Subalternen stellt. Ein neuer Block entsteht nach Robert Cox, wenn eine "subordinate class (e.g., the workers) establishes its hegemony over other subordinate groups".³⁹ Mit Blick auf Bolivien und Ecuador ist dem hinzuzufügen, dass ein neuer Block auch entstehen kann, wenn subalterne Gruppen in erster Linie gemeinsam zusammen arbeiten, um die hegemonische Ordnung zu ändern, ohne dass dabei Hierarchie notwendig ist bzw. eine subalterne Gruppe eine andere unterwirft. Indigene subalterne Gruppen haben sich im Widerstand z.B. mit Frauenrechtsbewegungen, Umweltaktivisten oder städtischen Bewegungen zusammengeschlossen, ohne direkt ihre Hegemonie über jene Gruppen zu etablieren. Vielmehr waren gemeinsame Forderungen, wie die Überwindung des Neoliberalismus, Schnittpunkte zur Kooperation. Darauf soll im Abschnitt 3.2. weiter eingegangen werden.

³⁵ Cox 2011 [1986]: 53

³⁶ Cox 1996 [1983]: 132

³⁷ Cox 1996 [1983]: 132

³⁸ Ebd.

³⁹ Cox 1996 [1983]: 132

2.4 Gegenhegemonie

Wenn, wie oben beschrieben, Zwangselemente wie Repression und Unterdrückung der Subalternen überwiegen und der Konsens schwindet, ist eine vorherrschende historische Struktur in ihrer Stabilität gefährdet. Als langfristig erfolgreiche Methode zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft und Staatsform unter der Führung der Subalternen bzw. der Arbeiterklasse beschreibt Gramsci die Methode des "Stellungskriegs."⁴⁰ Das bedeutet, dass ein Wandel nicht durch die bloße (revolutionäre) Übernahme des Machtapparats innerhalb eines Staats geschehen kann, es müssen stattdessen *alternativen Institutionen und alternative intellektuelle Ressourcen* (wie z.B. Schulen, Universitäten, Bildungsreinrichtungen) innerhalb der bestehenden Gesellschaft aufgebaut werden. "It means actively building a *counterhegemony* within an established hegemony while resisting the pressures and temptations to relapse into pursuit of incremental gains for subaltern groups within the framework of bourgeois hegemony."⁴¹

In der Praxis bedeutet dies auch, dass subalterne Gruppen in ihrem Widerstand gegen die herrschende Ordnung den Schritt von der Vertretung partikularer Interessen hin zu gemeinnützigen Forderungen machen müssen, um einen alternativen Block zu errichten.⁴² Francisco Hidalgo Flor fügt dem, unter den heutigen Vorzeichen des Neoliberalismus hinzu, dass zur Konstruktion eines gegenhegemonischen Horizonts die "streng ökonomistische Perspektive"⁴³ überwunden werden und dafür die "interkulturelle Perspektive" integriert werden soll.⁴⁴ Dies geschieht z.B. in der Idee des *Sumak Kawsay*, des Guten Lebens, welches in die neuen Verfassungen Boliviens und Ecuadors aufgenommen wurde und indigene Auffassungen von Entwicklung integriert. Der Schutz der Natur und Biodiversität hat darin eine Bedeutung über monetäre Werte hinaus. (Detailliert in Abschnitt 5.1-5.3)

2.5 Grüner Kapitalismus - Green Economy

Der Begriff der Green Economy unterliegt keiner singulären Definition, sondern ist vielmehr im Entstehen und wird von unterschiedlichen Akteuren verschieden interpretiert und ausgelegt. Die UNEP hat in ihrem Bericht an Policy-Maker folgende Definition gefunden: "In its simplest expression, a green economy can be thought of as one which is low carbon, resource efficient and socially inclusive. In a green economy, growth in income and employment should be driven by public and private investments that reduce carbon emissions and pollu-

⁴⁰ Ebd., S. 127

⁴¹ Cox (1996 [1983]) S. 129

⁴² Hidalgo-Flor 2011: 86

⁴³ Hidalgo-Flor 2011: 86

⁴⁴ Hidalgo-Flor 2011: 86

tion, enhance energy and resource efficiency, and prevent the loss of biodiversity and ecosystem services."⁴⁵

In dieser Arbeit wird die Green Economy wegen ihrer überwiegend konzeptuellen Gewichtung auf Marktmechanismen zur Krisenlösung als Fortsetzung des Neoliberalismus gesehen. Die Vorschläge, wie sie im Bericht der UNEP *The Economics of Ecosystems and Biodiversity* (TEEB) zum Schutz der Biodiversität gemacht werden, passen sich den neoliberalen Ideen an, da Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität einer 'rationalen' Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen. Der Bericht geht davon aus, dass es aus wirtschaftlichen Gründen wichtig ist, die Biodiversität zu schützen. Dies wird deutlich an einem Beispiel: "Durch Wildbienen aus tropischen Wäldern werden die Erträge in benachbarten Kaffeeplantagen um 20% gesteigert, womit die dortigen Kaffeebauern zur Deckung der Nachfrage nach dem volumensstärksten legalen Handelsgut der Welt nach Öl beitragen können."⁴⁶ Bienen sind also wirtschaftlich wichtig, sie zu schützen ist eine lohnende Investition. Der Bericht führt aus, dass Investitionen "in Höhe von US\$ 45 Mrd. [...] in Schutzgebieten Leistungen der Natur schützen könnten, die etwa US\$ 5 Billionen wert sind: ein äußerst gutes Kosten-/ Nutzenverhältnis von 100:1."⁴⁷

Und auch der UNEP-Bericht "Towards a Green Economy - Pathways to sustainable Development and Poverty Eradication" glaubt an die Lösung der Krise durch Marktmechanismen. Der Staat soll dabei weniger regulativ eingreifen, als vielmehr Anreize für *grüne Investitionen* setzen.⁴⁸ Dabei ist es wichtig, heißt es, dass die Staaten den Umweltschutz mit dem Zugang der Märkte kombinieren und ins Verhältnis stellen.⁴⁹ Verringerung der Armut durch Investitionen, ein zurückhaltender Staat, die Stärke des Marktes und Effizienz der Kosten-Nutzen-Analysen sind Aspekte, die sowohl beim Neoliberalismus als auch bei der Green Economy zum Tragen kommen. Kritiker sehen in der Inwertsetzung der Natur und solchen Mechanismen wie dem Zertifikatshandel jedoch bloß eine weitere Möglichkeit der spekulativen Investition.⁵⁰

⁴⁵ UNEP 2011

⁴⁶ TEEB 2010: 43

⁴⁷ TEEB 2010: 38

⁴⁸ Vergl. UNEP 2011

⁴⁹ Lander 2011: 5

⁵⁰ Ebd.

3 Wandel der historischen Struktur

In diesem Abschnitt gehe ich der These nach, inwiefern die neoliberale Phase zu Widerstand geführt hat. Dabei werden zuerst (3.1.) die historische Struktur mittels ihrer strukturellen Charakteristika *materielle Kapazitäten, Ideen, Institutionen* identifiziert und anschließend (3.2.) die Konsequenzen für die subalternen Klassen sowie die Entstehung von Widerstand sozialer Kräfte untersucht.

3.1 Neoliberalismus und Washington-Konsens

Die Dynamik der Liberalisierung des Handels sowie der Privatisierung öffentlicher Güter fand in der gesamten Region Lateinamerikas statt. Die Intensität und Geschwindigkeit variierte in den unterschiedlichen Ländern je nach strukturellen Voraussetzungen. Die *Ideen* dieser historischen Phase wurden am deutlichsten im *Washington Consensus* formuliert, mit dem die Schuldenkrisen lateinamerikanischer Staaten überwunden werden sollten. Im Prozess der Umsetzung dieser Ideen öffneten sich die lateinamerikanischen Wirtschaften ausländischen Direktinvestitionen transnationaler Unternehmen, wobei der freie Fluss von Kapital gleichfalls die Rückführung von Gewinnen in die Ursprungsländer der Investitionen bedeutete (Repatriierung).⁵¹

Bolivien zählt zu den "*early and aggressive reformers*", der Beginn der sogenannten neoliberalen Ära begann sich bereits 1985 mit den Privatisierungen der Zinn-Minen zu manifestieren, Reformen wurden wie in einer "Schocktherapie" besonders schnell und heftig durchgeführt.⁵² Der Internationale Währungsfonds sowie die Weltbank hatten diese als Bedingung für die Gewährleistung von Krediten gestellt.⁵³ Der Weltmarktpreis für Zinn, einem der wichtigsten Exportprodukte, war von ehemals 6.25 \$ auf 3,80\$ pro Pfund gefallen.⁵⁴ Die Privatisierung natürlicher Ressourcen und Staatseigentum, wie der Zinn-Minen und Telekommunikations- und Verkehrsbetrieben, folgte den neoliberalen *Ideen*, dass der Staat in seiner Arbeit ineffektiv sei und Wettbewerb unter privaten Akteuren zu besseren Ergebnissen führen werde. Die Reduktion von Staatsaufgaben war eine logische Konsequenz dieser Ideen, eine Folge war auch die Reduzierung der Bedeutung des Militärs.^{55,56} Die demokratische Einbindung des Militärs sollte später ein Stützpfiler der Stabilität für Morales sein.⁵⁷

⁵¹ Ebd.

⁵² Potter 2007: 10

⁵³ Postero 2010: 21

⁵⁴ Handelsblatt 2006

⁵⁵ Garcia Linera 2010: 41

Ecuador zählt anders als Bolivien zu den „*late and cautious reformers*“.⁵⁸ Die Ideen des *Washington Konsens* begannen zwar ebenso in den 1980er Jahren Fuß zu fassen, wurden mit besonderer Intensität jedoch erst ab 1996 vom Präsidenten Abdalá Bucaram umgesetzt. Dieser übernahm die Idee des in Argentinien installierten *currency boards* und band den Sucre an den Dollar, womit jegliche währungspolitische Souveränität aufgegeben wurde.⁵⁹ Korruptionsvorwürfe und Massenproteste führten zu seinem Sturz und zu einer neuen Verfassung, welche sowohl die indigenen Rechte stärkte und gleichzeitig weiteren neoliberalen Reformen den Weg ebnete.⁶⁰ Diese wurden von seinem Nachfolger Jamil Mahuad ab 1998 umgesetzt. Öl war das wichtigste Exportgut Ecuadors zu diesem Zeitpunkt, der Ölpreisverfall hatte die Krise im Land weiter verschärft.⁶¹ Zur Senkung des Defizits sowie der Inflation wurden die Subventionen für Strom- und Gaspreise gestrichen, die Gehälter öffentlicher Bediensteter eingefroren und eine zuvor genehmigte Gehaltserhöhung für Lehrer revidiert.⁶² Die Stabilisierung des Finanzsektors und die staatliche Stützung der kriselnden Banken führte 1999 zu staatlichen Aufwendungen in Höhe von 24% des BIP.⁶³

Die *materiellen Kapazitäten* im Bereich der Ressourcen gingen während der neoliberalen Phase von staatlicher in private Kontrolle über (in Bolivien Zinn, Erdöl in Ecuador, Telekommunikations- und Transportunternehmen in beiden Ländern). Bedeutend ist auch die Konzentration und Privatisierung von Landbesitz (Wälder, Ackerland) welche vor allem durch die auf den Export orientierte Agrarindustrie vorangetrieben wurde.⁶⁴

Während wirtschaftliche Vorgaben und ein liberalisierendes Ideal sowohl von außerhalb, durch internationale *Institutionen* wie dem IMF und der Weltbank, auf die Länder einwirkten, fand dieser Prozess gleichzeitig innerhalb des Staatsapparate statt.

Die mittlere Ebene der staatlichen Verwaltung Boliviens war größtenteils durch Absolventen privater und ausländischer Universitäten besetzt, welche über Abschlüsse in Wirtschaft, Marketing und Betriebswirtschaft verfügten.⁶⁵ Die Ideen einer neoliberalen Ordnung, gepaart mit der Politik und Ökonomie, bildeten in Bolivien zu dieser Zeit ein wechselseitiges,

⁵⁶ Die Reduktion der Bedeutung des Militärs ist natürlich nicht alleine auf die Ideen des Neoliberalismus zurückzuführen. Das Militär war in der Geschichte beider Länder an Putschen und Diktaturen maßgeblich beteiligt, ebenso waren wichtige staatliche Ressourcen im Besitz der Armee.

⁵⁷ Garcia Linera 2010: 41

⁵⁸ Potter 2007: 21

⁵⁹ Wolff 2010: 3

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Lateinamerika Nachrichten 1999

⁶² Ebd.

⁶³ Ramirez-Gallegos 2010: 22

⁶⁴ Simbaña 2012: 125

⁶⁵ Ebd. 39

sich beeinflussendes Verhältnis zueinander. Zu den nationalen *organischen Intellektuellen*, welche diese Ordnung propagierten, zählten Analysten, Politologen, Prominente und auch US-Meinungsforscher.⁶⁶ In diesem Verhältnis befanden sich sowohl nationale Unternehmer die auf dem Weltmarkt agierten, ausländische Investoren, politische Parteien, sowie genannte internationale Organisationen, welche Einfluss auf die Gesetzgebung ausübten.⁶⁷ Dies kann nach Gramsci als der dominante historische Block jener Zeit bezeichnet werden.

In Ecuador befanden sich die traditionellen Eliten bereits in den 90'er Jahren in der Krise. Innerhalb der dominanten Klassen konnte kein Konsens darüber gefunden werden, wie der Prozess der Privatisierungen durchgeführt werden soll und gleichzeitig bildete sich Widerstand innerhalb der Bevölkerung, die erste große indigene Erhebung fand bereits 1990 statt.⁶⁸ Es gab drei Entmachtungen von Präsidenten (1997, 2000, 2005) und es existierte eine Konfliktlinie zwischen den etablierten Parteien und zwischen neu entstehenden sozialen und politischen Organisationen.⁶⁹ Die *Ideen* des globalen neoliberalen historischen Blocks fanden durchaus Geltung in Ecuador, die Dollar-Bindung bzw. die spätere Dollarisierung des Landes zur Kontrolle der Inflation und Schaffung eines sicheren und vorhersehbaren Investitionsklimas sind neben den Privatisierungen die markantesten *Institutionalisierungen* dieser Ideen. Alternative kollektive Vorstellungen über die soziale Ordnung der Gesellschaft und Wirtschaft sowie Dissens innerhalb der dominanten Klassen haben in Ecuador jedoch zu einer späteren und konfliktreicheren Umsetzung des Neoliberalismus als in Bolivien geführt.

3.2 Soziale Bewegungen und Widerstand

Die materiellen Verhältnisse, welche durch die Privatisierungen geschaffen wurden, hatten starke Auswirkungen auf die subalternen Klassen Boliviens und Ecuadors, insbesondere auf Arbeiter und indigene Kleinbauern (verspätet auch auf die Mittelklasse). Die Artikulation eines gegenhegemonischen Horizonts entstand als Prozess der Organisation und Vereinigung der unterschiedlichen sozialen Bewegungen. Dieser Horizont nahm durch den Wachstum und die Weiterentwicklung der Bewegungen zu einem politischen Projekt konkrete Formen an.⁷⁰

⁶⁶ Le Monde Diplomatique 2003

⁶⁷ Garcia Linera 2008: 335

⁶⁸ Ramirez-Gallegos 2010: 18

⁶⁹ Ebd. 19

⁷⁰ Tapia Mealla 2011: 122

Die Entstehung des Movimiento al Socialismo (MAS)

Zwei Entwicklungen waren maßgebliche Faktoren für die Entstehung der *Bewegung zum Sozialismus*, der Partei des heute regierenden Evo Morales.

Erstens wurde der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad der Minenarbeiter gebrochen und Entlassungen führten zu Massenarbeitslosigkeit. Viele der ehemaligen Minenarbeiter gingen dazu über, als sogenannte "cocaleros" in der Gegend um Cochabamba Cocapflanzen anzubauen.⁷¹ Als Reaktion darauf begann die U.S. Drug Enforcement Agency (DEA) sie als Drogenproduzenten und Terroristen zu bezeichnen sowie mit Hilfe der bolivianischen Regierung die Coca-Bauern zu unterdrücken. Die Kriminalisierung und Repression der gesamten Klasse ist als ein eindeutiges Zwangsmerkmal der Hegemonie zu erkennen, welches bei den Cocaleros zu intensivierter Organisation ihres Widerstands führte. Bei den Cocaleros paarten sich gewerkschaftliche Taktiken wie Streik, Straßenblockaden und Massendemonstrationen (wie sie in "Minen-Zeiten" angewandt wurden) mit der Idee des Coca-Blattes als heiliges Erbe der andinen Kultur.⁷² Wie zuvor geschrieben, ist Kultur ein wichtiger Aspekt in der Kreation einer gegenhegemonischen Ordnung. Die Ausrichtung des Widerstands war dabei explizit "firmly opposed to U.S. imperialism and neoliberal economic policies".⁷³ Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits jenes starkes Zwangsmerkmal, ausgehend von nationalen und internationalen Mitgliedern der dominanten Klasse, erkennbar ist, konnte die herrschende Ordnung trotzdem noch 15 weitere Jahre aufrecht erhalten werden. Erst ab dem Punkt, als das Zwangselement gegenüber dem Konsenselement überwiegt, ab dem Jahr 2000,⁷⁴ war die Hegemonie in ihrer Stabilität ernsthaft gefährdet.

Bei Gramsci sind *Ideen in ihrer Beziehung zu den materiellen Verhältnissen zu sehen*.⁷⁵ Die materiellen Verhältnisse für die entlassenen Minenarbeiter waren die Grundlage für den "new discourse of cocalero solidarity [which] was based on anti-imperialism and an increasing recognition of the importance of ethnic demands".⁷⁶ Anti-imperialistisch war ihr Diskurs, da die Kriminalisierung der Coca-Bauern von der imperialistischen Macht der USA ausging.⁷⁷ Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion diente der Drogenanbau als neuer Gegner, Evo Morales gelangte als Gewerkschaftsführer der Coca-Bauern Anfang der neunziger Jahre auf

⁷¹ Postero 2010: 21

⁷² Ebd. 22

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Garcia Linera 2010: 37

⁷⁵ Cox 1996 [1983]: 132

⁷⁶ Postero 2010: 22

⁷⁷ Archondo 2007: 92

"eine Liste der weltweiten Feinde der USA".⁷⁸ Die Coca-Bauern waren zum großen Teil indigen, die Coca-Pflanze gehört seit Jahrhunderten zu der andinen Kultur, daher kam die ethnische Dimension ihrer Forderungen.

Die zweite Entwicklung ist die Entstehung der nationalen indigenen Bewegung. Die Führung übernahmen dabei insbesondere Gruppen aus den östlichen Tiefebene, die sich gegen einwandernde Viehzüchter und Holzfäller aus den Hochebenen wehrten. Die Conferencia Indígena del Oriente Boliviano (CIDOB; Bund der Indigenen aus Ost-Bolivien) begann indigene Anerkennung sowie gemeinschaftlichen Landbesitz mit Nachdruck zu fordern.⁷⁹ Über 30 unterschiedliche Kulturen leben in dieser Region, deren jeweilige Bevölkerungszahlen relativ niedrig sind.⁸⁰ Die Rolle von Identität, Kultur und ethnischer Zugehörigkeit als Grundlage für Rechte spielte bei der CIDOB eine viel wichtigere Rolle als Klassenzugehörigkeit. Eine dezidierte Ablehnung des Kapitalismus existierte hier nicht. Damit gab es die, zumindest theoretische, Möglichkeit ihre Forderungen in die neoliberale Agenda des damaligen bolivianischen Präsidenten Sanchez de Lozadas zu inkorporieren. De Lozada führte in den 90'er Jahren einige multikulturelle Reformen durch, welche eine Agrarreform, zweisprachige Erziehung an Schulen (wobei z.B. Quechua und Aymara neben Spanisch anerkannt wurden), sowie größere Mitbestimmungsrechte bei politischen Entscheidung nach sich zogen.⁸¹

Gramsci verwendete zur Erklärung solcher Phänomene das Konzept des *Trasformismo*. Dabei werden potentielle Führer subalterner sozialer Gruppen kooptiert.⁸² *Trasformismo* wird als Prozess verstanden, bei dem die herrschende Koalition auf "gefährliche Ideen" subalterner Gruppen eingeht, also ihren Forderungen Rechnung trägt, um sie zu bändigen. Postero beschreibt dies im Falle Boliviens als einen "top-down effort by the neoliberal state to incorporate indigenous peoples into the national project as responsible and docile neoliberal subjects".⁸³ Dieser Versuch war jedoch nicht oder zumindest unzureichend erfolgreich und es fand eine eigenständige Institutionalisierung der indigenen Bewegung statt.

Die Asamblea por la Soberanía de los Pueblos (ASP; Versammlung für die Souveränität der Völker) entstand als Dachorganisation mehrerer Bauern- und Cocalerogewerkschaften sowie politischer Parteien. Die ASP schuf das Instrumento Politico por la Soberanía de los Pueblos (IPSP; Politisches Instrument für die Souveränität der Völker), welches die rechtliche

⁷⁸ Archondo 2007: 92

⁷⁹ Postero 2010: 22

⁸⁰ Tapia Mealla 2011: 122

⁸¹ Ebd. 23

⁸² Cox 1996 [1983]: 130

⁸³ Postero 2010: 23-23

Struktur einer bereits existierenden Partei, der MAS (Movimiento al Socialismo / Bewegung zum Sozialismus), übernahm.⁸⁴ Unter der Führung von Evo Morales begann die MAS an Regionalwahlen teilzunehmen und konnte bereits 1997 mehrere Sitze im nationalen Kongress erobern. Die MAS ist keine klassische Partei sondern "the political instrument of the social movements that form its base".⁸⁵

Allianza País und CONAIE

In Ecuador existierte spätestens seit dem ersten indigenen Aufstand (I. Levantamiento Indígena) 1990 ein ständiger Konflikt zwischen den etablierten Parteien und sozialen Kräften.⁸⁶ Diese grundlegende Streitigkeit der ecuadorianischen Demokratie beschreibt Ramirez Gallegos als Zyklus der "Nichtanerkennung und Belagerung der dominanten Klassen".⁸⁷ Eine auf Konsens basierte Hegemonie konnte von den dominanten Klassen nicht konstruiert werden. Vielmehr weist die hohe Konfliktivität, u.a. durch die vorzeitigen Präsidentschaftswechsel ersichtlich, auf eine historische Struktur im Wandel und Widerstand hin.

Im Bereich der sozialen Bewegungen gab es zwei Phänomene zu beobachten: erstens die Schwächung der Gewerkschaften als Folge der De-Industrialisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, sowie zweitens die Entstehung neuer sozialer Bewegungen.⁸⁸ Zu letzteren gehören die Indigene Bewegung Ecuadors (MIE) sowie die Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors (CONAIE)⁸⁹, welche Protagonisten der gegenhegemonischen Bewegung waren.

Ende der 90'er Jahre waren sechs aus zehn Haushalten in Ecuador von Privatisierungen betroffen und der Gefahr ausgesetzt, dass die Befriedigung ihre Grundbedürfnisse wie Ernährung, Wohnung, Bildung und Gesundheit nicht mehr gewährleistet werden konnte.⁹⁰ Die Veränderungen in der Organisation der Produktion durch die Privatisierungen und den Rückzug des Staats waren besonders in ländlichen und indigenen Regionen bemerkbar (z.B. Zerstörung von Kleinbauerntum durch die Privatisierung von Land). Ethnie und Armut standen in einem klaren geographischen Zusammenhang.⁹¹

Die Forderungen des ersten indigenen Aufstands waren Anerkennung ihrer Landrechte sowie die Einführung bilingualer Bildung (Quechua bzw. Aymara zusätzlich zu Spanisch).

⁸⁴ Postero 2010:23

⁸⁵ Postero 2010: 23

⁸⁶ Ramirez Gallegos 2010: 19

⁸⁷ Ramirez Gallegos 2010: 19

⁸⁸ Barrera 2002: 95

⁸⁹ die CONAIE wurde 1986 geründet und ist die größte Indigene Organisation Ecuadors. (vergl. Barrera 2002)

⁹⁰ Barrera 2002: 94

⁹¹ Barrera 2002: 94

Als sich unter Sixto Durán Ballén ab 1992 die Reformen verschärfen, gingen auch die MIE und CONAIE einen Schritt weiter und suchten den Weg von der außerparlamentarischen Opposition zur aktiven Gestaltung der Politik. Zur Erreichung ihrer drei Hauptforderungen Plurinationalität, Territorialität und Selbstverwaltung war eine Teilhabe am politischen Prozess notwendig.⁹² Ihre aktive Konfrontation mit und Ablehnung der neoliberalen Strukturreformen sicherte ihnen über die ethnische Basis hinaus Zuspruch.⁹³ Diese vorteilhafte Situation nutzte die MIE 1995 zur Gründung ihrer politischen Partei Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik - Nuevo País (PK) und trat bei Regionalwahlen gegen die traditionellen Parteien an.⁹⁴ Die Partei sollte ebenso dabei helfen, ein Bündnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung zu schaffen.⁹⁵

Ähnliche Ziele verfolgte die Gründung der *Coordinadora de Movimientos Sociales* (CMS; Koordinationsstelle sozialer Bewegungen) 1995. Sie integrierte eine große Bandbreite an sozialen Bewegungen, wie die Gewerkschaften der Erdölarbeiter (FETRAPEC), Bauernverbände (CONFEUNSSAC), Studenten- und Jugendorganisationen, Frauenbewegungen sowie Parteien aus dem linken Spektrum.⁹⁶ Die Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten nahmen bei der CMS durch ihre Masse und Erfahrung an Organisation eine starke Stellung.⁹⁷

Die CONAIE war nicht unter dem Dachverband der CMS, ein Großteil der politischen Aktionen wurde jedoch zusammen durchgeführt. Dabei konnte die CONAIE drei Erfolge verbuchen: das Scheitern der Volksbefragung 1995 zur Legitimation der neoliberalen Reformen; die Absetzung des korrupten Präsidenten Bucaram im Jahr darauf sowie die Gründung ihrer Partei PK.⁹⁸

Die Dialektik die auch innerhalb der Bewegungen existierte, wird an drei Ereignissen deutlich⁹⁹: a.) Um den Präsidenten Bucaram zu stürzen ging die CMS mit Parteien aus dem konservativen Lager ein Bündnis ein, welches bei der verfassungsgebenden Nationalversammlung eine Niederlage erlitt. Die CMS an sich ist der Versuch, subalterne Gruppen zu vereinigen und einen neuen historischen Block zu konstruieren. Der Versuch, dieses Ziel auch

⁹² Barrera 2002: 97

⁹³ Ramirez Gallegos 2010: 21

⁹⁴ Ramirez Gallegos 2010: 19

⁹⁵ Simbaña 2012: 118

⁹⁶ Ramirez-Gallegos 2010: 21 (Zu dem linken Spektrum gehörte z.B. die Frente Popular, welche staatliche Lehrer und Universitätsangestellte vertrat)

⁹⁷ Simbaña 2012: 117

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd. 118

mit sozialen Kräften und Parteien aus dem anderen Lager zu erreichen, scheiterte an inneren Konflikten über diese Vorgehensweise.

b.) die verfassungsgebende Nationalversammlung von 1998 hatte ein doppeltes Ergebnis. Einerseits wurden indigene Rechte weiter anerkannt, andererseits setzt sie auch den Grundstein für weitere tiefgreifende neoliberale Reformen.

c.) Der Putsch im Jahr 2000, bei dem durch Teile der CMS sowie Teile der CONAIE mit Hilfe von Teilen des Militärs Präsidenten Mahuad gestürzt werden sollte, scheiterte, als die eigens gestellte Übergangsregierung sich nur zwei Stunden halten konnte.¹⁰⁰ Was Gramsci als *Bewegungskrieg*¹⁰¹ bezeichnete, also die revolutionäre Übernahme der Staatsmacht durch eine *Avantgarde der Arbeiterklasse*, funktionierte nicht.

Auf die Dollarisierung durch Gustavo Noboa folgte Ende 2000 eine Erhöhung der Preise für öffentliche Nahverkehrsmittel, für Benzin sowie für Haushaltsgas.¹⁰² Der Kampf gegen Gaspreiserhöhungen war einer der deutlichsten Widerstände der Indigenen gegen die strukturellen Anpassungen, die Entscheidung der Regierung Noboa war womöglich eine symbolische Antwort auf den Putsch zu Beginn des Jahres.¹⁰³

Der Widerstand gegen diese Maßnahme formierte sich ausgehend von der CONAIE unter dem Slogan "nada solo para los Indios"¹⁰⁴ (nichts für die Indigenen alleine), womit sie alle subalternen Sektoren, die von den Preiserhöhungen betroffen waren, in den Protest einbezogen. Der Konflikt hatte damit sowohl eine klare ethnische Dimension und schuf darüber hinaus auch eine Identität der Klassen.

3.3 Zwischenfazit

Im Vergleich mit dem heutigen Konflikt beziehungsweise Disput um die Green Economy gibt es einige eindeutige Parallelen: In beiden Fällen wird eine externe Einmischung zur Kontrolle der Art und Weise, wie Land genutzt wird, abgelehnt: bei den Minen ging es um privatisierten Extraktivismus der von internationalen Organisationen wie IMF und Weltbank propagiert wurde und bei dem nur einer nationale Minderheit profitierte; mit dem Coca-Anbau passte sich die subalterne Mehrheit Boliviens an die materiellen Verhältnisse an. Die Folge war Repression ausgehend unter anderem von der DEA; bei der Green Economy sollen die Dienst-

¹⁰⁰ Ramirez-Gallegos 2010: 23

¹⁰¹ Cox 2006 [1983]: 128. Das Prinzip des *Stellungskriegs*, also der Aufbau einer alternativen Basis des Staats und der Gesellschaft durch alternative Institutionen und intellektuelle Ressourcen war notwendig um einen späteren Machtwechsel zu erreichen.

¹⁰² Ramirez-Gallegos 2010: 23

¹⁰³ Ebd. 24

¹⁰⁴ Ebd.

leistungen der Natur auf Empfehlung der G20, des IMF, der Weltbank und der UNEP merkantilisiert, in-Wert gesetzt werden.

Zur *kollektive Vorstellung* der dominanten Klassen entstanden parallel alternative Vorstellungen. Erstere implizierte eine private, auf den Weltmarkt gerichtete Wirtschaft und eine Politik die maßgeblich von externen Akteuren geprägt wurde. In Bolivien hatten letztere sowohl eindeutig anti-imperialistische, teilweise anti-kapitalistische Wesenszüge. Widerstand wurde mit Bezug auf die eigene Kultur begründet. Die Coca-Pflanze wurde zum Symbol für die eigene Identität und die selbstbestimmte Nutzung der Natur.

In Ecuador war die indigene Bevölkerung besonders stark von den neoliberalen Anpassungen betroffen, von ihr ging die Organisation des Widerstands am stärksten aus. Ein neuer historischer Block in Entstehung wurde erkenntlich in der Idee einer Alternative zum Neoliberalismus, in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Ordnung und dem Zusammenschluss mit anderen subalternen Klassen.

4 Institutionalisation und neue Machtverhältnisse

Robert Cox beschreibt den Prozess, wie die historische Struktur geändert werden kann: "Only a war of position [...], in the long run, bring about the structural changes, and a war of position involves building up the sociopolitical base for change through the creation of new historic blocs".¹⁰⁵ Im Folgenden soll der Prozess von der Institutionalisierung des Widerstands hin zur Übernahme der Staatsmacht untersucht werden. Als konstitutiver Moment wird dabei der Zeitpunkt gewählt, in dem die Hegemonie nicht mehr durch Konsens gestützt wurde und die herrschende Ordnung nicht mehr stabil war. Dies ist der Moment, in dem entweder versucht wird, durch ein vertieftes Zwangselement die Ordnung weiter aufrecht zu erhalten oder wenn subalterne Klassen ihre Alternativen durchsetzen können.

4.1 Die Machtübernahme der MAS in Bolivien

Die Staatskrise in Bolivien hat im Jahr 2000 mit der *Guerra del Agua* dem sogenannten "Wasserkrieg" begonnen.¹⁰⁶ Zuerst wurde die Wasserversorgung in der Region Cochabamba privatisiert und an den US-Konzern Bechtel verkauft, im Anschluss versuchte dieser, die Preise deutlich zu erhöhen.¹⁰⁷ Dies führte zu Ausschreitungen und Massenaufständen welche später zum Rückzug des Konzerns aus dem Land führten. Die MAS wurde 2002 bei den Präsi-

¹⁰⁵ Cox 1996 [1983]: 140

¹⁰⁶ Garcia Linera 2010: 37

¹⁰⁷ Le Monde Diplomatique 2003

dentschaftswahlen die zweitstärkste Kraft, im gleichen Jahr gab es einen Marsch der sozialen und indigenen Bewegungen auf La Paz, der eine verfassungsgebende Nationalversammlung forderte.¹⁰⁸ Im Jahr darauf versuchte die Regierung Sanchez de Lozada Erdgas über das Nachbarland Chile in die USA zu verkaufen und es kam zur Blockade der wirtschaftlich wichtigsten Metropole des Landes, La Paz.¹⁰⁹

Die *Ideen* der neoliberalen Ordnung hatten ihr Potential erschöpft. Für eine Dekade war der Gehaltsunterschied zwischen den reichsten und den ärmsten Lohnnehmer konstant gestiegen. Laut einem Bericht der Weltbank existierte hier ein Verhältnis von 1 zu 90 an verfügbarem Einkommen, zu diesem Zeitpunkt ein Wert mit der höchsten sozialen Ungerechtigkeit weltweit.¹¹⁰ Die Arbeitslosigkeit war von 3% im Jahr 1994 auf 13% im Jahr 2003 gestiegen.¹¹¹ Forderungen nach einer neuen Ordnung wurden nicht mehr alleine von ländlichen und indigenen Bewegungen gestellt, sondern ebenso von einer urbanen Mittelschicht.¹¹² In der Kampagne um die vorgezogene Präsidentschaftswahl 2005 warb Evo Morales für seine Partei die MAS mit dem Motto "Somos Pueblo, somos MAS" [Wir sind das Volk, wir sind MAS/mehr].¹¹³ Die Partei machte damit den Schritt von einer Gruppierung partikularer Interessen (der ländlichen Bevölkerung, der Coca-Bauern, der Indigenen, Frauenbewegungen, Menschenrechtsgruppen), hin zu einer breiten, andere subalterne Gruppen einschließenden Bewegung. Die bisher herrschende Ordnung sollte von Grund auf geändert werden, dies spiegelt sich besonders in der Forderung einer neuen Verfassung, mit der die Grundlage für einen neuen gesellschaftlichen Konsens geschaffen werden sollte.

Der Regierungswechsel im Jahre 2006, nachdem Evo Morales die Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen erreicht hatte, geht in seiner Tragweite deutlich weiter als ein bloßer Austausch der Akteure innerhalb der Machteliten. Garcia Linera spricht hier von einem "radikalen Austausch der regierenden Eliten und sozialen Klassen, welche die politischen Entscheidungen trafen, die Kriterien zur Auswahl von Beamten festlegten und am nächsten an der Verteilung öffentlichen Reichtums waren".¹¹⁴ Dieser Wandel war auch so abrupt und heftig, da normale Kommunikationsbrücken, die sonst bei der Machtübergabe zu tragen kamen

¹⁰⁸ Jost 2012: 2

¹⁰⁹ Postero 2010: 24

¹¹⁰ Garcia Linera 2008: 352

¹¹¹ Garcia Linera 2008: 352

¹¹² Jost 2012: 2

¹¹³ Postero 2010: 24

¹¹⁴ Garcia Linera 2010: 38

(Eliteschulen und Universitäten, ähnliche Wohngegenden, Geschäftsbeziehungen), durch die völlig andere Herkunft des neuen politischen Blocks nicht mehr zum tragen kamen.¹¹⁵

Die Charakteristika des neu entstehenden historischen Blocks stehen für den Wandel. Seine wirtschaftliche Basis ist eindeutig die ländliche und teilweise städtische Produktion in kleinem Maßstab für die örtlichen Märkte. Seine Herkunft ist breit gefächert, vom Hochland in der Gegend Potosís bis zu den Tiefebenen Tarijas, indigene Kleinbauern und städtische Kleinunternehmer.¹¹⁶ Dies kontrastiert stark mit der bisher agierenden, auf den Weltmarkt fokussierten wirtschaftlichen Elite.

Hinzu kommt eine neue Schicht von städtischen Fachkräften und Intellektuellen, die aus dem Zugang der Arbeiterklasse zu höherer Bildung ab den 70'er Jahren entstanden ist. Sie sind die *organischen Intellektuellen* des neuen historischen Blocks. Die Diffusion und Weiterentwicklung der neuen *kollektiven Vorstellungen* geschieht unter anderem durch Förderung der staatlichen Universitäten und der Rekrutierung der Staatsdiener aus diesen.¹¹⁷ Wichtig für die Legitimation der neuen Regierung ist der direkte Einbezug von Führern sozialer Bewegungen in den Gesetzgebungsprozess in Treffen und Kongressen. Weiterhin sind Vertreter der sozialen Kräfte auch direkt in die Regierung eingebunden, haben Mitspracherechte im Parlament und den Ministerien.¹¹⁸

Die historische Struktur wurde und wird durch die sozialen Kräfte und indigenen Bewegungen geändert. Die Nationalisierung von Ressourcen war eine direkte Folge aus den Forderungen nach Selbstverwaltung und Mitbestimmung bei dem Wasser- und Gaskrieg 2000 sowie 2003 und änderte die *Materiellen Kapazitäten* in Bolivien grundlegend. Eine *Institutionalisierung* des neuen Blocks fand bereits in den Gründungen der unterschiedlichen Bewegungen statt, machte einen weiteren Schritt in der Gründung der MAS-IPSP und fand einen vorläufigen Höhepunkt im Ergreifen der Regierung. Die Institutionalisierung wurde mit der neuen Verfassung gesichert.¹¹⁹

4.2 Rafael Correa und Alianza País

Die Jahre zwischen 1999 und 2005 waren von einer ständigen politischen Instabilität gekennzeichnet. Bei den Wahlen 2002 ging die PK ein Bündnis mit dem *Partido Sociedad Patriótica*

¹¹⁵ Garcia Linera 2010: 38

¹¹⁶ Garcia Linera 2010: 38-39

¹¹⁷ Garcia Linera 2010: 39

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ In der Verfassung wurden Forderungen der indigenen Bewegungen, wie Plurinationalität und Territorialität, aufgenommen.

ein, deren Anführer Lucio Gutierrez General beim Militär war und im Jahr zuvor beim Putsch beteiligt war.¹²⁰ Kurz nach der Regierungsübernahme distanzierte sich dieser von der PK und der CONAIE, suchte die Nähe zu den USA, befürwortete die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) und sogar den 'Krieg gegen den Terrorismus'.¹²¹ Die PK zog sich zwar zurück und boykottierte seine Politik während der folgenden zwei Jahre, in denen er mit verschiedenen Allianzen versuchte weiter zu regieren, der Vertrauensverlust den die indigene Bewegung in der Bevölkerung erlitt war jedoch massiv.¹²² Diese Erfahrung spaltete gleichzeitig die CONAIE, der duale Weg, sowohl soziale Bewegung als auch politische Partei gleichzeitig zu sein, war an seine Grenzen gestoßen.

In diesem Vakuum begann der Aufstieg Rafael Correas. Das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie war an einem historischen Tiefpunkt. Bei einer Umfrage des *Latinobarometro*, "Parteien und Kongress sind für die Demokratie notwendig" stimmten nur 33% der Befragten Ecuadorianer zu.¹²³ Dies war der niedrigste Wert in ganz Lateinamerika, Bolivien nahm den vorletzten Platz ein. Auch die Zustimmungsraten zur Regierung des Präsidenten (24%), der Elite welche das Land leiten (22%) und dem Präsidenten selber (14%) waren die niedrigsten Werte auf dem gesamten Subkontinent.¹²⁴ In dieser Zeit formierten sich zahlreiche Gruppen und Versammlungen, um einen Diskurs über notwendigen gesellschaftlichen Wandel außerhalb der Parteien zu beginnen.¹²⁵ Diese Versammlungen fanden in Universitäten statt, aber genauso in Wohngegenden als "Nachbarschafts-Versammlungen", "Frauen-Versammlungen" und in ihnen manifestierte sich das Misstrauen zu den traditionellen Parteien, jedoch gleichzeitig auch der Wille aktiv an einem Wandel teilzuhaben.¹²⁶

Correa konnte sich bei einer kurzen Zeit als Wirtschaftsminister in der Interimsregierung profilieren, als er vom IMF geforderte Maßnahmen zurückwies, eine stärkere Rolle des Staats in der Wirtschaft forderte und sich für eine dringende Umverteilung von Reichtum einsetzte.¹²⁷ Seinen Wahlkampf führte er mit einem extremen Anti-Parteien Diskurs, dem Versprechen, den Neoliberalismus zu beenden und eine verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen sowie mit einem Fokus auf seine Persönlichkeit als Außenseiter des Estab-

¹²⁰ Ramirez-Gallegos 2010: 25

¹²¹ Wolff 2010: 4

¹²² Ramirez-Gallegos 2010: 26-27

¹²³ Latinobarometro 2005: 42

¹²⁴ Latinobarometro 2005: 7

¹²⁵ Ramirez-Gallegos 2010: 29-30

¹²⁶ Ramirez-Gallegos 2010: 34

¹²⁷ Ramirez-Gallegos 2010: 35

lishments.¹²⁸ Seine Basis waren dabei nicht die indigenen Organisationen, sondern die oben genannten Versammlungen von Bürgern, Studenten, Nachbarn und Frauen.¹²⁹ Bei den Wahlen 2006 erreichte die PK 2,19% der Wählerstimmen, Correa vereinte 23% der Stimmen hinter sich und seiner neu gegründeten Partei *Allianza País* und gewann damit die Wahl.¹³⁰ Seine Forderungen waren in großen Teilen deckungsgleich mit denen der indigenen Bewegung Ecuadors, er profitierte jedoch von den Umständen eines faktisch kollabierten Parteiensystems und dem genannten Misstrauen der Bevölkerung.

Ein Vorwurf, der sowohl Evo Morales in Bolivien als auch Rafael Correa in Ecuador gemacht wird, ist der des *Populismus*. Condoleezza Rice, damals Außenministerin der USA, sagte: "Unser Feind in Lateinamerika ist der Populismus".¹³¹ In der akademischen Diskussion gibt es dazu gegensätzliche Meinungen. Ludolfo Paramio interpretiert die Neopopulisten durch die soziale Polarisierung als destabilisierend und autoritär,¹³² während Garcia sie umgekehrt durch ihre verstärkte soziale Inklusion subalternen Gruppen als stabilisierend sieht.¹³³

Gramsci beschreibt die Entstehung von Populismus bei Revolutionen, bei der eine Dialektik zwischen Revolution-Restauration, zwischen alten und neuen Kräften, zum Stillstand führt. Dies ebnet den Weg für eine *passive Revolution* (Änderungen der sozialen Ordnung ohne Aufstand des Volkes).¹³⁴

Ein typisches Merkmal der Passiven Revolution zur Lösung des Patts ist der *Ceasarismus*: "a strong man intervenes to resolve the stalemate between equal and opposed social forces [...] progressively when strong rule presides over a more orderly development of a new state, reactionary when it stabilizes existing power".¹³⁵

Aber entsprechen die verfassungsgebenden Nationalversammlungen Ecuadors und Boliviens nicht dem Gegenteil? Die Grundsituation ist die gleiche wie von Gramsci charakterisiert: es stehen sich die dominanten und subalternen Klassen gegenüber in einer Pattsituation. Sie stehen sich gegenüber in einer Situation, wo die bisher herrschenden Ideen und Institutionen nicht mehr von Konsens getragen werden, wo die Hegemonie an ihre Grenzen gestoßen ist und Widerstand zur Staatskrise führte. Gleiche Grundsituation, anderes Vorgehen: Die ver-

¹²⁸ Ebd. 36-38

¹²⁹ Ramirez-Gallegos 2010: 36

¹³⁰ Ramirez-Gallegos 2010: 34

¹³¹ Follari 2010: 1

¹³² Vgl. Paramio 2006

¹³³ Vgl. Garcia 2008

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Ebd.

fassungsgebende Nationalversammlung ist vom Volk demokratisch gewählt und dazu legitimiert, zwischen den variierenden Vorstellungen einer kollektiven Ordnungen einen Konsens zu finden.

Der argentinische Autor Ernesto Laclau erkennt in den (Neo-)Populisten Lateinamerikas die Möglichkeit, dass sich die unterschiedlichen Forderungen der subalternen Klassen in dieser Person vereinen, um einen Wandel herbeizuführen.¹³⁶ Der Aspekt, welcher die unterschiedlichen Populismen in Bolivien und Ecuador verbindet, ist der "gemeinsame Feind" und der Antagonismus zum vorhergehenden Establishment.¹³⁷

Für den Prozess der Institutionalisierung und ihre Bedeutung für die Green Economy gibt es also zwei Schlussfolgerungen: 1.) Die sozialen Bewegungen in Bolivien und Ecuador haben das Ende des Neoliberalismus gefordert, dies stellte einen Wandel dar, den die dominanten Klassen nicht durchführen wollten oder konnten. Evo Morales war dabei in Bolivien Identifikationsfigur sowohl für den anti-imperialistischen Protest der Cocaleros als auch für die Forderungen ethnischer Anerkennung der indigenen Völker. Rafael Correa konnte als Außenseiter des Establishments verschiedene Forderungen subalternen Gruppen vereinigen und das sogenannte *Pact* zwischen alten und neuen Kräften lösen. In diesem Sinne erfüllen beide Präsidenten im Moment der Regierungsübernahme Charakteristika des *Cesarismus*. Die Entscheidung, eine verfassungsgebende Nationalversammlung einzuberufen, zeugt jedoch von dem Willen, das Volk und die sozialen Bewegungen, welche sie an die Macht gebracht haben, in den Prozess der Konstruktion eines neuen historischen Blocks zu integrieren.

2.) Welche Auswirkungen hat dies auf die Green Economy? Der Widerstand der sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus entstand aus den verheerenden sozialen Folgen, welche die Bevölkerung als Folge der strukturellen Anpassungen und Reformen erlebt hatte.

In Bolivien wurde Evo Morales von der durch die Coca-Gewerkschaften gegründeten MAS getragen. Die neue Regierung baut nun auf jener Bewegung auf, die sich gegen Fremdbestimmung ihrer Landwirtschaft und Natur gewehrt hat und dabei einen klaren anti-imperialistischen Diskurs geführt hat. Auch wenn Maßnahmen der Green Economy nicht imperialistisch sein müssen (jedoch können, es kommt natürlich auf die Umsetzung an), so sind sie trotzdem primär von externen Organisationen (wie der UNEP) formuliert. Ein Widerstand gegen die Green Economy muss sich also nicht primär gegen den Erhalt von Biodiversität

¹³⁶ vergl. Laclau 2006

¹³⁷ Ebd.

richten, sondern auf den negativen Erfahrungen beruhen, die mit früheren externen Eingriffen in die eigene Natur und Kultur gemacht wurden.

In Ecuador sind die indigenen Bewegungen, wie z.B. die PK, nicht direkt an der Regierung beteiligt. In ihrer Verhandlungsposition zu Territorialität oder dem Schutz der Biodiversität auf ihren Territorien sind sie damit schwächer als die sozialen Bewegungen in Bolivien.

5 Neue Verfassungen im Vergleich

Die Ebenen der Hegemonie, soziale Kräfte, Staatsform und Weltordnung, sind eine Abfolge von dominanten und rivalisierenden Strukturen, die sich gegenseitig beeinflussen. Die verfassungsgebenden Nationalversammlungen in Bolivien und Ecuador waren das Ergebnis anhaltender Mobilisierung und Widerstands subalternen sozialer Kräfte und ihr Ergebnis ist eine neue Staatsform.

Die Verfassung stellt die rechtliche Basis des Staats dar. Sie regelt die Rechte der Individuen gegenüber dem Staat und die Verpflichtungen des Staats für seine Bürger. Eine verfassungsgebende Nationalversammlung bedeutet erstens, dass die aktuelle Ordnung der Gesellschaft und des Staats nicht mehr akzeptiert wird und von Grund auf geändert werden soll. Sie bedeutet zweitens jedoch auch, dass es eine kollektive Aktion ist, in der verschiedene soziale und politische Kräfte diese Ordnung gemeinsam, in einer vom Volk gewählten Versammlung, ausarbeiten.¹³⁸ Im Folgenden sollen die neuen Verfassungen Boliviens und Ecuadors verglichen werden.¹³⁹

Dabei wird das Konzept des *Buen Vivir* als Vergleichsmerkmal gewählt. Es ist eine gegenhegemonische Idee über das "Wesen und die Legitimität der vorherrschenden Machtverhältnisse, wie auch das Verständnis von Gerechtigkeit und öffentlichem Wohl"¹⁴⁰, welches in beiden Verfassungen zu unterschiedlichen Graden aufgenommen wurde und das stark auf indigenen Konzepten¹⁴¹ aufbaut. Es beinhaltet alternative Auffassungen zu Entwicklung und dem Umgang mit der Natur. Zur Beantwortung der Fragestellung ist es daher besonders geeignet. In einem ersten Schritt soll dieses Konzept dargestellt werden. Im zweiten Schritt soll die Integration des *Buen Vivir* in die Verfassungen Ecuadors und Boliviens untersucht wer-

¹³⁸ Tapia Mealla 2011: 125

¹³⁹ In dieser Arbeit verwendete Zitate aus der Verfassung Ecuadors und Boliviens sind Übersetzungen des Autors.

¹⁴⁰ Cox 2011 [1986]: 56

¹⁴¹ Das Konzept des *Buen Vivir* entstammt den Ideen indigener ecuadorianischer und bolivianischer Völker, hat in seiner heutigen Entwicklung jedoch auch Einfluss anderen, nicht-indigenen Intellektuellen und Aktivisten (vergl. Gudynas 2012)

den, relevante Artikel zu Umweltschutz sowie Entwicklungspolitik identifiziert werden. Abschließend sollen mögliche Implikationen für die Green Economy herausgearbeitet werden.

5.1 Gutes Leben - Buen Vivir

Die Quechua sprechenden Völker Ecuadors in der Gegend um den Pastaza begannen in den 90'er Jahren das Sumak Kawsay (Buen Vivir auf Spanisch) als "Idee zur Organisation ihres Lebens und ihres Territoriums"¹⁴² zu artikulieren.

"In der Weltanschauung der indianischen Gesellschaften, in ihrem Verständnis davon, welchen Sinn das Leben haben sollte und hat, gibt es kein Konzept von Entwicklung; um genau zu sein, gibt es nicht die Vorstellung darüber, dass das Leben in einem linearen Prozess abläuft; das bedeutet auch, dass es keinen Zustand des 'Vorher' und des 'Nachher' gibt, keinen Zustand von Unterentwicklung und Entwicklung".¹⁴³

Im Gegensatz zu der Vorstellung von Unterentwicklung und Entwicklung gibt es für sie die ganzheitliche Perspektive, dass es das Ziel der Menschen sein sollte, "materielle und spirituelle Lebensumstände zu suchen und zu schaffen um das *Gute Leben, das harmonische Leben* zu errichten und zu erhalten".¹⁴⁴ Harmonie beinhaltet dabei besonders die nachhaltige Nutzung der Natur und ihrer Bodenschätze, im Gegensatz zur lediglichen Ausbeutung. Daraus leiten sich zwei Forderungen der indigenen Bewegung ab. Erstens das Prinzip der Territorialität: Um das gute Leben zu erreichen, ist es notwendig, dass die betroffenen Völker über die Nutzung ihrer Territorien (mit-)bestimmen können. Zweitens das Prinzip der Plurinationalität: Es ist notwendig, dass unterschiedliche Lebensformen (ihre Auffassung von Natur z.B.) anerkannt werden. Eine Agro-Industrie, die z.B. nur auf den Anbau von Soja setzt, gefährdet die Biodiversität und damit direkt ihre Nahrungsmittelsouveränität¹⁴⁵ der Menschen die auf dem betroffenen Territorium leben.

5.2 Bolivien

Unter der Überschrift *Prinzipien, Werten und Zielen des Staates*, wird in Artikel Acht der bolivianischen Verfassung festgelegt, dass folgende "ethisch-moralische Grundsätze der pluralen Gesellschaft verfolgt und gefördert werden: Ama qhilla, ama llulla, ama suwa (nicht faul

¹⁴² Hidalgo-Flor 2011: 88

¹⁴³ Hidalgo-Flor 2011: 88 (Übersetzung d. Autors)

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Die Nahrungsmittelsouveränität beinhaltet das Recht der Völker ihre Nahrung zu produzieren, sowie das Recht darauf zu entscheiden, was sie konsumieren und darüber wer es wie produziert (Svampa 2012: 23)

sein, kein Lügner und kein Dieb sein), suma qamaña (erfülltes Leben), ñandereko (harmonisches Leben), teko kavi (gutes Leben), ivi maraei (Erde ohne Böses) und qhapaj ñan (nobler Weg oder Leben)".¹⁴⁶ Bolivien verfolgt hier eine plurikulturelle Perspektive, indem unterschiedliche indigene Sprachen in die Verfassung aufgenommen werden und dabei gleichwertig behandelt werden.¹⁴⁷

In der neuen Verfassung Boliviens ist die "Konservierung der Umwelt zum Wohl der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen"¹⁴⁸ unter den *Prinzipien, Werten und Zielen* des Staats genannt (Art. 9 Abs. 6). Die indigenen bäuerlichen Völker und Nationen haben das Recht darauf, "in einer gesunden Umwelt zu leben, mit der angemessenen Bewirtschaftung und Nutzung der Ökosysteme" (Art. 30 II. 10).

Das fünfte Kapitel beinhaltet die *sozialen und ökonomischen Rechte*: Jede Person "hat ein Recht auf eine gesunde, beschützte und ausgeglichene Umwelt" (Art. 33) und ist befähigt "die rechtlichen Maßnahmen zur Verteidigung der Umwelt" auszuführen bzw. einzufordern (Art. 34). Der Wasserkrieg im Jahr 2000 sowie der Gaskrieg 2003 war der Beginn der massiven Mobilisierung sozialer Kräfte gegen die neoliberale Politik der Privatisierungen. Das "Recht auf Wasser und Ernährung" (Art. 16 I.) sowie das Recht jeder Person auf "gleichen und universellen Zugang auf die Grundversorgung mit Trinkwasser, Strom, Gas" (Art. 20 I.) tragen dem Rechnung. Bedeutend ist dabei auch, dass der *Zugang zu Wasser und Abwasserentsorgung* Menschenrecht ist, "und von Konzessionen oder Privatisierung ausgeschlossen ist" (Art. 20 II.). Dies stellt sich ausdrücklich gegen die bisher verfolgte Politik und ist Teil der neuen kollektiven *Ideen*.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Umsetzung der indigenen Forderungen ist die Aufnahme der Coca-Pflanze als "kulturelles Erbe, erneuerbare natürliche Ressource der Biodiversität Boliviens und Faktor zur sozialen Kohäsion" (Art. 384). Sie hat hohen Symbolwert, da die Repression der *Cocaleros*, ausgehend von Forderungen der USA und der DEA, der Ursprung des organisierten Widerstands gegen die vorherrschende Hegemonie war. Diese Forderung subalterner Gruppen hat die Transformation der Staatsform beeinflusst, findet sich in der neuen Verfassung wieder und hat weiterhin Einfluss auf internationaler Ebene. Morales forderte bei einem Treffen der UN Commission on Narcotic Drugs in Wien, die Aufhebung des Verbots Coca-Blätter zu kauen, welches auf eine Konvention aus dem Jahr 1961 zurück-

¹⁴⁶ Art. 8 I Verfassung Boliviens (Übersetzung Gudynas 2012: 8-9)

¹⁴⁷ Gudynas 2012: 9

¹⁴⁸ Verfassung Boliviens 2009: Art 9 (6)

geht.¹⁴⁹ In diesem Prozess hat Morales wiederholt auf die Bedeutung der Coca-Pflanze für die Kultur und Identität der Bolivianer hingewiesen.¹⁵⁰

Neben dem Ziel, die Umwelt zu schützen, ist ein weiteres Bestreben des Staats die "Industrialisierung der natürlichen Ressourcen mittels der Entwicklung und Stärkung der Produktivkräfte [...]" (Art. 9 (6)). Die Funktion des Staats in der Wirtschaft soll nicht mehr so gering wie möglich gehalten werden, sondern der Staat soll eine aktive Rolle einnehmen, "strategische Sektoren lenken und kontrollieren" (Art. 316 (3)), um die "wirtschaftliche und soziale Gleichheit" (Art. 316 (4)) zu fördern. Der herausragende Punkt in der Wirtschaftspolitik ist, dass das Ziel der "Industrialisierung und Kommerzialisierung der erneuerbaren und nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen" zur Priorität des Staats gemacht wird, um die "Generierung von Arbeit sowie die wirtschaftlichen und sozialen Grundbedürfnisse der Bevölkerung" (Art. 316 (6)) zu gewährleisten. Dies geschieht "um die Abhängigkeit vom Export der Primärprodukte" (Art. (311 (3)) zu überwinden.

Der Unterschied zur vorherigen Ordnung ist deutlich: Die indigenen Rechte auf Anerkennung sind gestärkt; die angestrebte starke Position des Staats in der Wirtschaft kontrastiert mit der neoliberalen Auffassung eines schlanken Staats; einige Sektoren sind von der Privatisierung ausgeschlossen. Es ist jedoch auch ein Widerspruch erkennbar, in dem Ziel die Umwelt zu konservieren und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen zu industrialisieren.

5.3 Ecuador

"Wir alle, das souveräne Volk Ecuadors, entscheiden uns dazu, eine neue Form des bürgerlichen Zusammenlebens zu konstruieren, in Diversität und Harmonie mit der Natur, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay zu erreichen [...] die Entwicklungspolitik umfasst die nachhaltige und dynamische Organisation der Gesamtheit der wirtschaftlichen, politischen, soziokulturellen und Umweltsystemen, welche die Verwirklichung des Guten Lebens, des Sumak Kawsay garantieren".¹⁵¹

Das Thema Umweltschutz wird im Vergleich zu Bolivien umfassender behandelt und geht in seiner Rechtsprechung auch deutlich weiter.

¹⁴⁹ vergl. BBC 2012

¹⁵⁰ vergl. BBC 2011

¹⁵¹ Präambel Verfassung Ecuador (Übersetzung d. Autors)

Der Präsident der verfassungsgebenden Nationalversammlung, Alberto Acosta, förderte die Partizipation sozialer Bewegungen im Prozess der Verhandlungen um die neue Verfassung.¹⁵² Die größten Auseinandersetzungen gab es dabei bei den Themen zur Umwelt.¹⁵³

Das *Recht auf ein gutes Leben* (Buen Vivir) beinhaltet den Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Wasser und Nahrung (Art. 12 ff.). Genauso wie in Bolivien ist Wasser Menschenrecht, und von Privatisierungen ausgeschlossen. Im siebten Kapitel sind die Rechte der Natur festgeschrieben. "Die Natur oder Pacha Mama, in der sich das Leben reproduziert und realisiert, hat ein Recht darauf, dass ihre Existenz und die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen respektiert werden" (Art. 71). Die Natur ist damit Rechtssubjekt, was eine weltweite Neuheit ist.¹⁵⁴ Dies war einer der größten Streitpunkte, doch Acosta sowie die PK konnten sich hierbei durchsetzen. Die Tragweite dieser Neuerung ist enorm, denn die Natur ist somit nicht mehr bloß Objekt zur Wertschöpfung durch die Menschen, sondern die Natur hat eigene, inhärente Rechte, die nicht verletzt werden dürfen. Die Diskussion hierum hat auch zu viel Hähme geführt, denn sollen nun Pflanzen oder Tiere vor Gericht ziehen, wenn ihre Rechte verletzt werden? Nichtsdestotrotz ist es Ausdruck eines neuen Konzepts in der Entstehung, auf dessen legaler Festigung in der Verfassung nun die Erfahrungen in der Praxis aufbauen werden. Der Sinn der Rechte der Natur ist, dass "die wirtschaftlichen Ziele den Gesetzen der Funktionsweise der Natur untergeordnet sind, ohne den Blick auf den Respekt der Menschenwürde und auf die Lebensqualität der Personen und Gemeinschaften zu verlieren".¹⁵⁵ In dieser Diskussion werden die Positionen deutlich, zwischen dominanter ethnozentrischer Perspektive, in der die Menschen die Natur beherrschen und biozentrischer Perspektive, in der die Natur eben nicht Objekt von Eigentum ist, sondern eigene Rechte besitzt.¹⁵⁶ Genauso wie in Bolivien kann jede Person oder Gemeinschaft von den staatlichen Behörden die Gewährung der Rechte der Natur einfordern.¹⁵⁷

Neben dem Subjektstatus der Natur ist die Verwendung des Begriffs Pacha Mama synonym zu Natur, eine der größten Errungenschaften. Sie impliziert die Auffassungen der indigenen Völker über Nachhaltigkeit und das Leben mit und in der Umwelt, welche sich von den neoliberalen Auffassungen von *Natur* deutlich unterscheiden.¹⁵⁸

¹⁵² Ramirez-Gallegos 2010: 38

¹⁵³ Ebd. 39

¹⁵⁴ Vgl. Gudynas 2010

¹⁵⁵ Hidalgo-Flor: 91

¹⁵⁶ Gudynas 2010: 3

¹⁵⁷ Verfassung Ecuador Art.71

¹⁵⁸ Gudynas 2010: 4

Weniger wurde den indigenen Forderungen Rechnung getragen, dass bei einer Förderung oder Kommerzialisierung nicht erneuerbarer Ressourcen auf ihrem Territorium ihre Bestätigung notwendig ist (eine Forderung wie sie von Acosta unterstützt wurde). Jetzt heißt es, dass es verpflichtend ist, sie bei Projekten zur Förderung von nicht erneuerbaren Ressourcen "die ihre Umwelt oder ihrer Kultur beeinträchtigen können [...] rechtzeitig zu konsultieren [...] und bei Gewinnen zu beteiligen" (Art. 57 (7)). Falls die betroffenen Gemeinschaften nicht ihr Einverständnis erklären, wird gemäß dem Gesetz und der Verfassung fortgefahren.

Auf dem Weg, der von der Regierung nach dem erfolgreichen Referendum über die Verfassung beschränkt wird, hat der letzte Punkt wiederholt zu heftigen Konflikten geführt. Auf diesen Streit zwischen indigenen Rechten der Mitbestimmung und dem verfolgten Entwicklungsmodell sowie das erneute Aufleben sozialer Bewegungen, dieses mal mit einem verstärkten Fokus auf Umweltthemen, soll unter Punkt 6. eingegangen werden.

5.4 Implikationen für die Green Economy

Das Konzept des *Buen Vivir* stellt das dominante, heute überwiegende Verständnis von *Entwicklung* mit seiner Ausrichtung auf Wachstum, grundlegend in Frage.¹⁵⁹ Es stellt sich gegen die "verkürzte Darstellung, Entwicklung sei mit Wirtschaftswachstum gleichzusetzen" und setzt diese Argumentation mit der Feststellung fort, dass "unbegrenzt Wachstum unmöglich ist, da nicht nur die natürlichen Ressourcen, sondern auch die Kapazität der Ökosysteme, Umweltschäden zu verkraften, begrenzt sind".¹⁶⁰

Dieses Spannungsverhältnis existiert auch bei der Green Economy. Die Inwertsetzung der Dienstleistungen der Natur und die Ökonomisierung der Biodiversität soll Nachhaltigkeit fördern. Hier kommt der Einwand Stephen Gills der Argumentationsweise des *Buen Vivir* sehr nahe, wenn er die Frage stellt, ob "der Kapitalismus in seiner "grünere" Form überhaupt mit ökologischer Nachhaltigkeit kompatibel ist, schließlich werden Kapital und Umwelt von sehr unterschiedlichen Dynamiken, Rhythmen und Zeitlichkeiten bestimmt."¹⁶¹

Das Sumak Kawsay stellt sich somit erstens gegen die Auffassung, die lateinamerikanischen Staaten seien ‚unterentwickelt‘ und müssten bestimmte, extern festgelegte, Maßnahmen treffen, um sich zu ‚entwickeln‘, also um einen europäischen bzw. westlichen Standard von Entwicklung zu erreichen. Es beachtet zweitens die Grenzen der Natur und strebt eine Gesellschaft, bzw. Lebensform an, die diesen Grenzen Rechnung trägt.

¹⁵⁹ Gudyas 2012: 6

¹⁶⁰ Gudyas 2012: 7

¹⁶¹ Gill 2012 [2008]: 277

Der Subjektstatus der Natur in Ecuador ist weiterhin ein signifikanter Faktor in der Diskussion um die Green Economy. Dies macht das eingangs genannte Beispiel der Bienen deutlich: Die Investition in den Schutz der Biodiversität lohnt sich hier, denn die Erträge der Felder in angrenzender Region erhöhen sich durch die Präsenz der Bienen. Was geschieht jedoch mit Tieren oder Pflanzen, die keinen direkten Nutzen haben? Ist es bei diesen ‚nutzlosen‘ bzw. ‚wertlosen‘ Organismen egal, wenn sie verschwinden? Kann wirklich von jedem bedrohten Lebewesen der monetäre Wert berechnet werden?

Die ecuadorianische Verfassung verneint dies und geht in ihrer Auffassung der Natur als Rechtssubjekt weiter, als die in einer Green Economy vorgesehenen Schutzmechanismen. Die Natur hat durch ihren Subjektstatus intrinsische Werte, die nicht von der Nutzung durch Menschen abhängig sind.¹⁶² Dies hat sowohl moralische Auswirkungen, indem die Verpflichtung zum Erhalt der Biodiversität daraus hervorgeht, als auch politische Auswirkungen, da die Festschreibung in der Verfassung weitere Gesetzgebungen nach sich ziehen wird.¹⁶³

Die neue Verfassung Boliviens setzt das Ziel, eine starke Position des Staats in der Wirtschaft zu schaffen, um eine Umverteilung des Reichtums zu schaffen. Gleichzeitig sollen die natürlichen Ressourcen industrialisiert werden, um von der Abhängigkeit vom Export von Primärprodukten loszukommen. Es bedeutet aber, dass in erster Linie auf den Abbau von Rohstoffen, dieses mal durch den Staat anstatt transnationale Unternehmen, gesetzt wird, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Erst wenn ein bestimmtes Niveau an sozialer Sicherheit für die Bevölkerung geschaffen ist, kann der Umweltschutz vertieft werden. Dies könnte bedeuten, dass Regeln zum Schutz der Biodiversität zum Beispiel nicht anerkannt werden, weil sie der Umsetzung der Umverteilungspolitik im Weg stehen. In diesem Fall würde die Green Economy abgelehnt werden, weil sie eine, von außen verordnete, wirtschaftliche Einschränkung darstellen würde.

6 Post-Neoliberalismus und die neue historische Struktur

In diesem letzten Abschnitt sollen die realwirtschaftlichen Folgen der Regierungswechsel in Bolivien und Ecuador untersucht werden. Dabei werden die Folgen der Neukonfiguration der materiellen Kapazitäten, durch z.B. Verstaatlichungen, auf die internationale und nationale Ebene untersucht und auf mögliche Auswirkungen auf die Position zur Green Economy untersucht.

¹⁶² Gudynas 2010: 4

¹⁶³ Ebd.

Die Hauptforderungen der sozialen Bewegungen vor den Regierungswechseln waren u.a. die Überwindung des Neoliberalismus, größere Einbindung der subalternen Klassen in den politischen Entscheidungsprozess, das Erreichen größerer sozialer Gleichheit, Redistribuktion des Reichtums und eine Stärkung des Staates.

Bei der Umsetzung dieser Forderungen haben die Regierungen von Evo Morales und Rafael Correa unterschiedliche Gewichtungen. In beiden Ländern entstanden jedoch in diesem Prozess Spannungen zwischen "ökonomischer Umverteilungspolitik (universell Forderungen) und Anerkennung (identitäre, partikulare Forderungen)".¹⁶⁴ Genauer gesagt, sind bei der Umsetzung eingangs genannter Ziele neue Konflikte entstanden, die sich darum drehen, wie diese Ziele erreicht werden sollen.

6.1 Verstaatlichung und Alternative Integration

Bereits vor der Regierungsübernahme der MAS in Bolivien und der AP in Ecuador konnten die sozialen Bewegungen der gesamten Region einen wichtigen Erfolg gegen den Neoliberalismus erreichen: Im Jahr 2005 scheiterte das von den USA initiierte Projekt der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas) am Widerstand der südamerikanischen Staaten.¹⁶⁵ Zudem wurde bereits 2004 von Venezuela und Cuba die Bolivarianische Allianz für Amerika (ALBA) als ein alternativer regionaler Integrationsmechanismus gegründet, dem Bolivien und Ecuador beitraten.¹⁶⁶ Unter dem Schirm des ALBA wurde die regionale Entwicklungsbank *Banco del ALBA* gegründet, Handel unter den Mitgliedsstaaten wird zudem in der Regionalwährung S.U.C.R.E. geführt.¹⁶⁷ Diese Maßnahmen stellen sich eindeutig gegen die neoliberale Hegemonie und können als Schritt in der Kreation eines möglichen neuen Historischen Blocks in Lateinamerika gesehen werden. Ecuador und Bolivien haben zudem das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), einer Unterorganisation der Weltbank, verlassen.¹⁶⁸

Dieses Zentrum fungiert als Schiedsgericht bei Streitigkeiten zwischen transnationalen Unternehmen und Staaten in Bezug auf getätigte Investitionen.¹⁶⁹ Der Rückzug aus diesem Gremium ist eine klare Absage an die Dominanz transnationaler Unternehmen in den nationalen Ökonomien sowie an den Prozess von Privatisierungen. Dies zeigt sich auch daran, dass

¹⁶⁴ Ortiz-Crespo/Mayorga 2012: 12

¹⁶⁵ Gambina 2010: 88

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Gambina 2010: 88

¹⁶⁸ vergl. ICTSD 2008; 2009

¹⁶⁹ vergl. Ghiotto/Pascual 2008

ausländische Direktinvestitionen nicht mehr die treibende Kraft in der Wirtschaft sind, sondern dies die Investitionen des Staats sind.¹⁷⁰ Umgekehrt ebnete der Ausstieg aus dem ICSID den Weg zu den angestrebten Verstaatlichungen.

Dieser Prozess begann in Bolivien 2006 mit der Verstaatlichung der Öl- und Gasindustrie,¹⁷¹ zwei Jahre später ging es weiter mit dem Telekommunikationsunternehmen Entel¹⁷², und dem Ölunternehmen Repsol-YPF.¹⁷³ Im Jahr 2012 wurde ein Bergwerk, in dem Zinn und Zink gefördert werden, verstaatlicht.¹⁷⁴ Ecuador konzentrierte sich auf den wichtigsten Exportsektor, die Ölindustrie. Es verabschiedete ein Gesetz, dass den Anteil für den Staat am erwirtschafteten Gewinn deutlich erhöhte und in seiner langfristigen Konsequenz dazu führen soll, dass die transnationalen Unternehmen nur noch für ihre Dienstleistung der Ölförderung bezahlt werden.¹⁷⁵ Die materiellen Kapazitäten haben sich im Vergleich zu der neoliberalen Phase stark gewandelt, nachdem die Staaten durch ihre Politik der Nationalisierungen der Rohstoffe eine deutlich stärkere Rolle in der Wirtschaft einnehmen.

Die Umverteilung des Reichtums durch Sozialprogramme haben in Bolivien zu einer Reduzierung der Armut von 60% auf 49% und der extremen Armut von 38% auf 25% im Zeitraum 2005-2010 geführt.¹⁷⁶ Im Jahr 2012 hat die Regierung Morales den Mindestlohn weiterhin um 22% auf 1000 Bolivianos pro Monat angehoben.¹⁷⁷ Investitionen in Höhe von 100 Millionen US-Dollar sollen allen Bolivianern Zugang zu Trinkwasser, wie durch die Verfassung festgelegt, ermöglicht werden.¹⁷⁸

6.2 Vom Washington-Konsens zum Rohstoff-Konsens?

Die argentinische Soziologin Maristella Svampa identifiziert bei den progressiven Regierungen Lateinamerikas, darunter Ecuador und Bolivien, ein neues Phänomen, dass sie in Anspielung auf den *Washington Konsens* als *Consenso de los Commodities* (Rohstoff-Konsens) bezeichnet.¹⁷⁹ Sie bezieht sich dabei auf die Strategie der Regierungen, durch den Export von Primärprodukten die ambitionierten Sozialprogramme und eine Umverteilung des Reichtums

¹⁷⁰ Garcia-Linera 2010: 42

¹⁷¹ Zeit Online 2012

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ El Mundo 2012

¹⁷⁴ Amerika21.de 2012

¹⁷⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung 2010

¹⁷⁶ America Economia 2011

¹⁷⁷ ECLAC 2012: 5

¹⁷⁸ Goltermann 2011

¹⁷⁹ Vergl. Svampa 2012

in der Gesellschaft zu finanzieren. Die Regierungen profitieren dabei von den hohen Weltmarktpreisen für *Commodities* wie Öl, Gas und Agrarprodukten.

Den Prozess in Bolivien unter Morales teilt sie dabei in zwei Phasen: die erste Phase beinhaltet den Zeitraum von der Regierungsübernahme 2006 bis 2009. Hier stand der Konflikt mit den Kräften des ehemals dominanten Blocks im Vordergrund, die Formulierung einer neuen Verfassung und die Nationalisierung von Ressourcen.¹⁸⁰ Die zweite Phase beginnt 2010 mit der Niederlage der Oligarchie und dem Beginn eines staatlich geführten hegemonischen Projekts, das auf zahlreichen strategischen Großprojekten aufbaut: "Teilnahme an den ersten Stufen der Ausbeutung von Lithium, Vertiefung der Rohstoff-Minen im Tagebau in Zusammenarbeit mit großen Transnationalen Unternehmen, Durchführung großer Staudamm- und Straßenprojekte im Rahmen des IIRSA.^{181,182} Dies ist im Einklang mit dem in der Verfassung festgesetzten Ziel, die natürlichen Ressourcen zu industrialisieren.

Ein Infrastrukturprojekt bei dem eine Straße durch das indigene Territorium TIPNIS gebaut werden soll hat zu starkem Protest und Widerstand geführt.¹⁸³ Die betroffenen indigenen Gemeinschaften haben unter Organisation der CIDOB einen Protestmarsch nach La Paz durchgeführt, um ihren Unmut und ihren Widerstand zu artikulieren.¹⁸⁴

In Ecuador wurde unter Rafael Correa ein Entwicklungsplan unter dem Titel "Nationalplan des Buen Vivir" verabschiedet, in dem die Überwindung des Extraktivismus als explizites Ziel genannt wird und "sofortige Maßnahmen" hierzu gefordert werden.¹⁸⁵ Im Jahr 2012 unterschrieb die Regierung Rafael Correas nach 25 Jahren den ersten Vertrag zur Eröffnung einer großen Eisenmine.¹⁸⁶ Wie in Bolivien auch, regte sich indigener Widerstand gegen das Projekt, in diesem Fall angeführt von der CONAIE.¹⁸⁷ Eine Maßnahme hierzu ist die 2007 von der Regierung vorgeschlagene Initiative Yasuni-ITT.¹⁸⁸ In diesem Nationalpark kommen hier auf einen Hektar Wald so viele Baumarten wie in den USA und Canada zusammen.¹⁸⁹ Hier lagern zudem die größten Erdölreserven des Landes, etwa 850 Millionen Barrel und es

¹⁸⁰ Svampa 2012: 30

¹⁸¹ IIRSA ist die Initiative zur Integration der Regionalen Infrastruktur in Südamerika, welche von dem Integrationsbündnis UNASUR initiiert wurde.

¹⁸² Svampa 2012: 30

¹⁸³ Goltermann 2011

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Gudynas 2012: 28

¹⁸⁶ Svampa 2012: 29-30

¹⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸ Svampa 2012: 29

¹⁸⁹ Svampa 2012: 29

leben dort zwei indigene Völker in freiwilliger Isolation.¹⁹⁰ Im Zuge des Yasuni-ITT Projekts hat die ecuadorianische Regierung vorgeschlagen, auf die Förderung zu verzichten, falls die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle von den industrialisierten Staaten zu 50% (ca. 3,6 Milliarden USD) erstattet werden.¹⁹¹ Das Geld würde in einem vom United Nations Development Programme verwalteten Topf landen, über dessen Verwendung der Staat und die ecuadorianische Zivilgesellschaft entscheiden würden.¹⁹² Die eingesparten CO₂-Emissionen, falls das Öl nicht gefördert und konsumiert wird, beliefen sich auf 400 Millionen Tonnen.¹⁹³ Die Initiative folgt den Ideen des Buen Vivir und der ehemalige Präsident der ecuadorianischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung sieht darin "keinen simplen Vorschlag zu alternativer Entwicklung [...], sondern eine Alternative zu Entwicklung".¹⁹⁴ Das Konzept beinhaltet die Auffassung, dass die industrialisierten Staaten mehr Schuld an der Zerstörung der Umwelt haben und daher zu ihrem Schutz eine größere Verantwortung tragen. Die Initiative folgt damit schon einem Grundgedanken der Green Economy, dass marktkonforme Mechanismen zum Schutz der Umwelt und der Biodiversität beitragen können. Sie stellt dabei die Umwelt und das Leben, das in ihr stattfindet, über den Wert von Geld. Welchen Nutzen würden die Investitionen bringen? Die eingesparten Emissionen würden nicht die Atmosphäre belasten und dem Klimawandel könnte aktiv entgegengesteuert werden; den Erhalt der Biodiversität mit ihren unentdeckten Potentialen für Medikamente; den Indigenen Völkern welche auf dem Territorium leben; Ecuador und seiner Bevölkerung in dem Prozess unabhängig vom Erdöl-Extraktivismus zu werden. Doch das Projekt ist aufgrund der Zahlungswilligkeit der Industrienationen ins Stocken geraten.¹⁹⁵ Der deutsche Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, sagte er schaffe "ganz bewusst keinen Präzedenzfall, der in immer neue Forderungen mündet, finanzielle Mittel zum Unterlassen von Umweltschädigungen bereitzustellen".¹⁹⁶ Womöglich ist die Initiative nicht attraktiv genug für Investoren, womöglich sind die industrialisierten Staaten noch nicht bereit dazu, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen soweit zu verringern, dass auf Öl-Reserven in Ecuador zum Schutze der Natur verzichtet werden kann. Unabhängig von den Beweggründen für das Verhalten der deutschen Regierung, schafft es in Ecuador zumindest Misstrauen gegenüber

¹⁹⁰ Acosta 2012: 99

¹⁹¹ Gobierno Nacional de la Republica del Ecuador 2012

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Ebd.

¹⁹⁴ Acosta 2012: 102

¹⁹⁵ vgl. Lang 2012

¹⁹⁶ Lang 2012: 120-121

der Green Economy, wenn eigene Initiativen zum Schutz der Biodiversität nicht oder unzureichend gewürdigt werden.

Die Produktionsverhältnisse erzeugen nach Gramsci die dominanten und dominierten sozialen Kräfte, im Zeitalter des Neoliberalismus entstanden so die gewerkschaftlichen und indigenen Widerstandsbewegungen, welche Morales und Correa an die Regierung gebracht haben und an der Überwindung des Neoliberalismus maßgeblich beteiligt waren. Die neuen Produktionsverhältnisse erzeugen erneut soziale Kräfte, sowohl den von Garcia beschriebenen neuen wirtschaftlichen Block von nationalen Kleinunternehmern in Bolivien als auch gleichzeitig indigenen Widerstand in Bolivien und Ecuador der sich gegen die riesigen Infrastrukturprojekte wehrt. Die alternative auf das Sumak Kawsay gerichtete Entwicklungspolitik, stößt an ihre Grenzen.

7 Fazit

Warum lehnen Ecuador und Bolivien die Green Economy als Entwicklungsmodell ab?

Zur Untersuchung der These, dass die ablehnende Haltung Ecuadors und Boliviens auf den sozialen Bewegungen beruht, die aus dem Widerstand zum Neoliberalismus hervorgegangen sind, habe ich mit einer Analyse des Wandels der historischen Struktur begonnen.

Die neoliberalen Ideen des Washington Konsens haben, auf Empfehlung internationaler Organisationen wie dem IMF und der Weltbank, in beiden Ländern zu einer Änderung der materiellen Kapazitäten geführt, indem Staatseigentum privatisiert wurde. In Bolivien wurde dieser Prozess früher und mit größerer Heftigkeit durchgeführt, betroffen war insbesondere der Minensektor, in Ecuador war später vor allem der Erdölsektor Privatisierungen ausgesetzt. Widerstand formierte sich in Bolivien durch die gewerkschaftlich organisierten Coca-Bauern, er wurde mit einem anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Diskurs geführt. Dies ist eine erste Parallele zu der heutigen Ablehnung der Green Economy, damals wie heute wird eine externe Einmischung zur Kontrolle von Landnutzung abgelehnt. Hinzu kam indigener Protest aus den östlichen Tiefen, bei dem Forderungen zu kultureller und ethnischer Anerkennung im Vordergrund standen. In dem politischen Instrument der MAS vereinigten sich diese Strömungen. In Ecuador begannen indigene Gruppen schon früher als in Bolivien Forderungen nach Anerkennung ihrer Kultur (z.B. Sprachen) und Territorialität zu stellen. In beiden Ländern arbeiteten soziale Bewegungen eindeutig an einer Überwindung des Neoliberalismus.

Im weiteren Verlauf der Arbeit habe ich dann die Institutionalisierung der sozialen Bewegungen untersucht. In Bolivien konnte die von den sozialen Bewegungen gegründete und von

Evo Morales, geführte MAS die Regierung übernehmen. Sie führte einen Austausch der Machtelite durch, was dazu führte, dass Aktivisten aus subalternen Klassen öffentliche Ämter übernahmen und gleichzeitig der Kontakt zu den sozialen Bewegungen bestehen blieb. Die Regierung Boliviens basiert damit auf jenen ehemals subalternen Klassen, die einen anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Widerstand geführt haben. In Ecuador büßte die Indigene Bewegung um die CONAIE und PK durch ihre Partizipation an einer unpopulären Regierung an Vertrauen in der Bevölkerung ein, sie sind nicht Teil der neuen Regierung Rafael Correas. Damit ist ihre Verhandlungsposition bei Fragen zum Schutz der Biodiversität oder Territorialität deutlich geschwächt.

Im Vergleich der Verfassungen sollte analysiert werden, welche Implikationen diese für die Green Economy haben. An erster Stelle ist dabei das Konzept des *Buen Vivir* hervorzuheben, welches in beiden Verfassungen eine herausgehobene Stellung einnimmt. Es widerspricht der herrschenden Idee, dass Entwicklung zwangsweise auf wirtschaftlichem Wachstum basiert. Damit ist es der Green Economy entgegengestellt, da diese davon ausgeht, dass ein 'grünes Wachstum' möglich ist, und dieses zu der 'Entwicklung' von Staaten wie Bolivien und Ecuador beitragen kann. Der Subjektstatus der Natur in der Verfassung Ecuadors erkennt intrinsische Werte der Natur an, die über Geldwert oder den Nutzen für den Menschen hinausgehen. Biodiversität zu erhalten ist damit nicht wie in der Green Economy bloß eine 'lohnende Investition', sondern basiert auf dem Recht der Natur zu existieren. Dies ist eine Weltneuheit. In Bolivien wurde in der Verfassung das Ziel der Industrialisierung der natürlichen Ressourcen gesetzt um die soziale Ungleichheit zu überwinden. Beide Länder haben in ihren Verfassungen die Privatisierung bestimmter Bereiche, wie Wasser, ausgeschlossen und die Grundlagen für eine starke Position des Staats in der Wirtschaft geschaffen.

Abschließend kann also festgestellt werden, dass soziale Bewegungen maßgeblich an den Haltungen ihrer Länder zur Green Economy beteiligt sind. In Ecuador waren es vor allem Forderungen zu ethnischer und territorialer Anerkennung, in Bolivien ein gewerkschaftlich organisierter anti-imperialistischer, anti-kapitalistischer Widerstand, welche zum Wandel beitrugen. Beide Länder haben sich zum Ziel gesetzt, den Neoliberalismus zu überwinden. Solange bei der Green Economy also die Logik einer Kosten-Nutzen-Rechnung und dem Ideal der rationalen Investitionen des Marktes folgt, wird sich die ablehnende Haltung wohl fortsetzen. Es zeigt sich jedoch auch, dass die Regierungen bereit sind, auf dem Weg der Umverteilung des Reichtums, eine extraktive Politik zu verfolgen, welche sie auch gegen indigenen Widerstand durchsetzen. In diesem Fall wird die Green Economy abgelehnt, falls sie einschränkende Vorgaben zur Nutzung der natürlichen Ressourcen machen würde.

Literaturverzeichnis

- Acosta, Alberto. 2012. Hindernisse der Yasuní-ITT-Initiative, in: *Der Neue Extraktivismus - Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL-Verlag, S. 98-115.
- AFP. 2012. Protesta contra "economía verde" y pobres resultados en cumbre Rio+20. Online unter <http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jRd32ndtvjNUcH2H5GcQy24DclvA?docId=CNG.fdf2d381382e8596bc3a9d8fcbelcbbd.21> [Stand: 21.06.2012; letzter Zugriff: 12.12.2012].
- Aguirre, Jessica C./Cooper, Elizabeth S. 2010. Evo Morales, Climate Change, and the Paradoxes of a Social-Movement Presidency. *Latin American Perspectives*, 37(4), S. 238-244.
- America Economía. 2011. Cepal: índice de pobreza en Bolivia bajó hasta el 54%. Online unter <http://www.americaeconomia.com/economia-mercados/finanzas/cepal-indice-de-pobreza-en-bolivia-bajo-hasta-el-54> [Stand: 30.11.2011; letzter Zugriff: 09.01.2012]
- Archondo, Rafael. 2007. Der politische Werdegang des Evo Morales. *Nueva Sociedad*, 209, S. 91-109.
- Barrera, Augusto. 2002. El movimiento indígena ecuatoriano: entre los actores sociales y el sistema político. *Nuevo Sociedad*, 182, S. 91-105.
- BBC. 2011. Bolivia launches coca leaf diplomatic offensive. Online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-12222395> [Stand: 21.01.2011; letzter Zugriff 07.01.2013].
- BBC. 2012. Bolivia's Evo Morales urges end to ban on coca chewing. Online unter <http://www.bbc.co.uk/news/world-latin-america-17338975> [Stand: 12.03.2012; letzter Zugriff 07.01.2013].
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank. 1996. Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. *Das Argument*, 217, S. 729-740.
- Brand, Ulrich. 2012. Green Economy - the Next Oxymoron? - No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development. *GAIA*, 21(1), S. 28-32.
- Buttkereit, Helge. 2012. Schweizer Rohstoff-Multi verliert Mine in Bolivien. Online unter <http://amerika21.de/nachrichten/2012/06/52732/glencore-colquiri> [Stand: 15.06.2012; letzter Zugriff: 04.01.2013]
- Cox, Robert W. 1996. *Approaches to world order* (1. publ. ed.). Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Cox, Robert W. 1996 [1983]. Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method *Approaches to World Order*. S. 124-143.

- Cox, Robert W. 2011 [1986]. Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen. In Opratko, B./Pausmüller, O. (Hrsg.), *Gramsci global, Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie*. Hamburg: Argument Verlag, S.39-86.
- Cypher, James M. 1998. The Slow Death of the Washington Consensus on Latin America. *Latin American Perspectives*, 25(6), S. 47-51.
- Deutsche Wirtschafts Nachrichten. 2012. Spanien: Gewaltfreier Widerstand soll unter Strafe gestellt werden. Online unter <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2012/04/12/spanien-gewaltfreier-widerstand-soll-zur-straftat-erklaert-werden/> [Stand: 12.04.2012; letzter Zugriff 09.01.2013]
- ECLAC. 2012. *Macroeconomic Report 2012 Bolivia*. Economic Commission for Latin America and the Caribbean. Online unter <http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/6/46986/macroeconomic-report> [Stand Juni 2012; letzter Zugriff 24.10.2012].
- ECLAC. 2012. *Macroeconomic Report 2012 Ecuador*. Economic Commission for Latin America and the Caribbean. Online unter <http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/6/46986/macroeconomic-report.pdf> [Stand Juni 2012; letzter Zugriff 24.10.2012].
- El Mundo. 2012. Aerolíneas Argentinas, Banco de Venezuela y otros 'golpes' a empresas españolas. Online unter <http://www.elmundo.es/america/2012/05/01/noticias/1335891038.html> [Stand: 29.12.2012; letzter Zugriff 09.01.2013].
- Follari, Roberto. 2010. El desafío a la hegemonía neoliberal en los nuevos procesos políticos latino-americanos *La alternativa neopopulista*. Rosario: HomoSapiens Ediciones.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. 2010. Ecuador verstaatlicht Ölindustrie - Ausländische Konzerne werden als Dienstleister geduldet. Online unter <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/wirtschaft/ecuador-verstaatlicht-oelindustrie-auslaendische-konzerne-werden-als-dienstleister-geduldet-11011350.html> [Stand: 27.07.2010; letzter Zugriff: 09.01.2012]
- Gambina, Julio C. 2010. La Crisis de la economía mundial y los desafíos para el pensamiento crítico *La Crisis Capitalista y sus Alternativas: Una Mirada desde América Latina y el Caribe* (S. 77-92). Buenos Aires: CLACSO.
- García Linera, Álvaro, 2008: Crisis estatal y época de revolución, in: CLACSO (Hrsg.), *La potencia plebeya. Acción colectiva e identidades indígenas, obreras y populares en Bolivia*, Buenos Aires, S. 331-412.
- García Linera, Álvaro. 2010. The State in Transition: Power Bloc and Point of Bifurcation. *Latin American Perspectives*, 37(4), S. 34-47.
- Garcia, Marco Aurélio. 2008. Nuevos gobiernos en América del Sur. *Nueva Sociedad*, 217, S. 118-126.
- Ghiotto, Luciana/Pascual, Rodrigo. 2008. El CIADI y las inversiones: acerca de la necesidad de certezas. *Revista Realidad Económica*, 238, S. 121-131.

- Gill, Stephen. 2011 [2008]. Progressives politisches Handeln und die globale organische Krise (O. Prausmüller, Übersetzung.) *Gramsci global - neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie*. Hamburg: Opatko, B./Prausmüller, O., S. 265-283.
- Gobierno Nacional de la Republica del Ecuador. 2012. Yasuni ITT Initiative. Online unter <http://yasuni-itt.gob.ec/quees.aspx> [letzter Zugriff 09.01.2012]
- Goltermann, Jascha. 2011. Der TIPNIS-Konflikt. Online unter <http://amerika21.de/analyse/40162/morales-indigene> [Stand: 12.09.2011; letzter Zugriff: 09.01.2012]
- Gudynas, Eduardo. 2009. La ecología política del giro biocéntrico en la nueva Constitución de Ecuador. *Revista de Estudios Sociales*, 32, S. 34-47.
- Gudynas, Eduardo. 2010. Ecología Política de la Naturaleza en las Constituciones de Bolivia y Ecuador. Online unter <http://www.rosalux.org.ec/es/analisis/bolivia/item/178-ecolog%C3%ADa-pol%C3%ADtica-de-la-naturaleza-en-las-constituciones-de-bolivia-y-ecuador.html> [Stand 18.10.2010; letzter Zugriff 06.01.2013].
- Gudynas, Eduardo. 2012. Buen Vivir - Das Gute leben jenseits von Entwicklung und Wachstum. In Reihe Analysen März 2012, Rosa Luxemburg Stiftung, S. 1-32.
- Handelsblatt. 2006. Arsen und Dynamitstangen - Boliviens Präsident Evo Morales verstaatlicht Rohstoffbetriebe. Online unter <http://www.handelsblatt.com/politik/international/report-arsen-und-dynamitstangen-seite-all/2652312-all.html> [Stand: 11.05.2006; letzter Zugriff: 25.12.2012].
- Heinrich Böll Stiftung. 2012. Mexiko: Sozialer Protest wird kriminalisiert und Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten nehmen zu. Online unter <http://www.boell.de/weltweit/lateinamerika/lateinamerika-menschenrechte-mexiko-interview-raczynska-16331.html> [Stand: 19.12.2012; letzter Zugriff: 09.01.2013]
- Hidalgo Flor, Francisco. 2011. Buen vivir, Sumak Kawsay: Aporte contrahegemónico del proceso andino. *Utopia y Praxis Latinoamericana*, 16(53), S. 85-94.
- International Centre for Trade and Sustainable Development. 2008. *Bolivia se margina del CIADI*. Online unter <http://ictsd.org/i/news/10649/> [Stand: 2008; letzter Zugriff: 09.01.2013]
- International Centre for Trade and Sustainable Development. 2009. *Ecuador agita foros internacionales*. Online unter <http://ictsd.org/i/news/puentes/52300/> [Stand: 2009; letzter Zugriff: 09.01.2013].
- Jost, Stefan. 2012. Bolivien: Aufstieg und Erosion eines Hegemonieprojekts. *GIGA Focus*(3), S. 1-7.
- Laclau, Ernesto. 2006. Consideraciones sobre el Populismo Latinoamericano. *Cuadernos del CENDES*, 23(062), S. 115-120.
- Lander, Edgardo. 2011. El lobo se viste con piel de cordero. *América Latina en Movimiento*, XXXV(468-469), S. 1-7.

- Lang, Miriam. 2012. Sieg der Marktlogik - Das Yasuní-Projekt und die deutsche Politik. In Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Der Neue Extraktivismus - Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*, Berlin: FDCL-Verlag, S. 116-125.
- Latinobarometro. 2005. Diez años de opinion publica. Santiago de Chile.
- Le Monde Diplomatique. 2003. Wasserkrieg, Erdgaskrieg, Bürgerkrieg - Der supendierte Aufstand in Bolivien. Online unter <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/11/14.mondeText.artikel,a0065.idx,16> [Stand: 14.11.2003; letzter Zugriff: 16.12.2012].
- Marti i Puig, Salvador/Bastidas, Cristina. 2012. Ha cambiado la protesta? La coyuntura actual de movilizaciones en Bolivia y Ecuador. *Iconos Revista de Ciencias Sociales*, 44, S. 19-33.
- Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver. 2011. Gramsci global - neogramscianische Perspektiven in der IPÖ - eine Einführung, in: Opratko, B./Pausmüller, O. (Hrsg.), *Gramsci global, Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie*. Hamburg: Argument Verlag, S. 11-38.
- Ortiz Crespo, Santiago/Mayorga, Fernando. 2012. Social Movements, State and Democracy in Bolivia and Ecuador in Transit from Neoliberalism to Postneoliberalismo. *Revista de Ciencias Sociales*, 44, S. 11-17.
- Paramio, Ludolfo. 2006. Giro a la izquierda y regreso del populismo. *Nueva Sociedad*, 205, S. 62-74.
- Paredes, Iván. 2012. Evo denuncia que la "economía verde" es el nuevo colonialismo, *La Razon*. Online unter http://www.la-razon.com/sociedad/Evo-denuncia-economia-nuevo-colonialismo_0_1636636393.html [Stand: 22.06.2012; letzter Zugriff: 13.12.2012].
- Polinares. 2012. *Fact Sheet: Lithium*.
- Postero, Nancy. 2010. Morales's MAS Government: Building Indigenous Popular Hegemony in Bolivia. *Latin American Perspectives*, 37(3), S. 18-34.
- Potter, Brian. 2007. Constricting Contestation, Coalitions, and Purpose: The Causes of Neoliberal Restructuring and Its Failures. *Latin American Perspectives*, 34(3), S. 3-24.
- Pozo, Doris. 1995. Zwischen Privatisierung und Korruption. *Lateinamerika Nachrichten*, 247.
- Ramirez-Gallegos, Franklin. 2006. Mucho más que dos izquierdas. *Nueva Sociedad*, 205, S. 30-44.
- Ramirez-Gallegos, Franklin. 2010. Fragmentación, reflujo y desconcierto. Movimientos sociales y cambio político en el Ecuador (2000-2010). *OSAL* Buenos Aires: CLACSO, XI(28), S. 17-47.
- Sader, Emir/Gentili, Pablo et al. (2012). *Movimientos socioambientales en América Latina* (Vol. 32). Buenos Aires: CLACSO.
- Simbaña, Floresmilo. 2012. Ecuadors indigene Bewegung zwischen Langzeitstrategie und Tagespolitik (B. Pedersen, Übersetz.). In M. Lang (Hrsg.), *Demokratie, Partizipation, Sozialismus - Lateinamerikanische Wege der Transformation*. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 116-127.

- Svampa, Maristella. 2012. Consenso de los commodities, giro ecoterritorial y pensamiento crítico en América Latina. *OSAL (Buenos Aires: CLACSO)*, XIII(32), S. 15-38.
- Tapia Mealla, Luis. 2011. La configuración de un horizonte contrahegemónico en la región andina. *Utopía y Praxis Latinoamericana*, 16(53), S. 119-125.
- TEEB. 2010. The Economics of Ecosystems and Biodiversity: Mainstreaming the Economics of Nature: A synthesis of the approach, conclusions and recommendations of TEEB.
- Teuber, Harald. 1999. Ecuador: Proteste gegen die Regierung. *Lateinamerika Nachrichten* (298).
- UNCTAD. 2010. *Denunciation of the ICSID Convention and BITs: Impacts on Investor-State Claims*. Issues Note (2).
- United Nations Conference on Sustainable Development. 2012. *The Future We Want*.
- UNEP. 2011. *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication - A Synthesis for Policy Makers*. Online unter www.unep.org/greeneconomy [Stand: 2011; letzter Zugriff: 14.12.2012].
- Wissen, Markus. 2011. Vom Neoliberalismus zum "grünen Kapitalismus"? Konflikte um ein neues hegemoniales Konzept. Online unter <http://www.gegenblende.de/search/++co++2ebdf100-b460-11e0-5013-001ec9b03e44> [Stand: 25.07.2011; letzter Zugriff: 21.11.2012]
- Wolff, Jonas. 2010. *Elitenwandel in Ecuador - Soziopolitische Akteure und politische Perspektiven*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 1-26.
- World Economic Forum. 2012. *Summary Report of the Sustainable Growth Summit*. World Economic Forum on Latin America.
- Zeit Online. 2011. Niebels einsamer Kampf gegen Yasuní. Online unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/yasuni-niebel> [Stand: 06.10.2011; letzter Zugriff: 16.12.2012]
- Zeit Online. 2012. Bolivien ist auf ausländisches Geld angewiesen. Online unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-05/bolivien-morales-verstaatlichung> [Stand: 02.05.2012; letzter Zugriff 06.01.2013]